

Schlussbericht der KOMMISSION RECHTSEXTREMISMUS

DGB-Bundesvorstand, Berlin – Mai 2000

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort und Einleitung

Hinweise zur Arbeitsweise der Kommission und zur Gliederung
des Kommissionsberichtes

1. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
 - 1.1 Rechtsextremes Einstellungspotential
 - 1.2 Wahlbereitschaft und Wahlverhalten
 - 1.3 Rechtsextremismus - ein Jugendproblem?
 - 1.4 Rechtsextreme Orientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern

2. Ursachen
 - 2.1 Probleme des Rechtsextremismus-Begriffs
 - 2.2 Theorienlandschaft
 - 2.3 Spezifische Bedingungen für Rechtsextremismus in Ostdeutschland?
 - 2.4 Gewerkschaften und Rechtsextremismus

3. Handlungsfelder
 - 3.1 Betrieb
 - 3.2 Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
 - 3.3 Schule/Berufsschule
 - 3.4 Medien/Öffentlichkeit
 - 3.5 Politik

Schlussbemerkungen

Textanhang

Literatur

Kommissionsmitglieder

Vorwort

Nach einjähriger Arbeit hat die auf Antrag des letzten DGB-Bundeskongresses eingesetzte Kommission Rechtsextremismus am 07. März 2000 ihren Bericht dem DGB-Bundesvorstand vorgelegt. Der DGB-Bundesvorstand hat den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mit diesem Bericht ist allerdings die Diskussion über das Thema Rechtsextremismus nicht abgeschlossen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben mit ihrem Beschluss deutlich gemacht, dass sie die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gemeinsam weiterführen wollen und werden. Dazu wurde die DGB-Bundesvorstandsverwaltung beauftragt, eine Projektgruppe einzurichten. Sie hat die Aufgabe, bundesweit die Entwicklung des Rechtsextremismus weiter zu beobachten, bisherige gewerkschaftliche Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus zusammenzufassen und Informationsmaterial zu entwickeln, das betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionärinnen und Funktionären zur Verfügung gestellt werden kann.

Denn – der Bericht hat das hervorgehoben - es handelt sich beim Rechtsextremismus nicht um eine konjunkturelle Erscheinung, auf die nur nach politischen Wahlen oder Gewalttaten, die eine besondere Medienwirksamkeit erfahren, mit kurzschlüssigen Stellungnahmen und Aktivitäten reagiert muss. Vielmehr haben wir es mit einem Problem zu tun, mit dem wir uns auch in Zukunft beschäftigen werden und beschäftigen müssen.

Die vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus erfordern geeignete Gegenmaßnahmen. Die in dem Kommissionsbericht dargestellten Handlungsperspektiven stellen dafür eine Grundlage dar. Sie müssen durch die Gewerkschaften sowie in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen im Alltags- und Arbeitsleben umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Der Erfolg von Handlungsperspektiven gegen den Rechtsextremismus wird letztlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, in unserer Gesellschaft ein Klima für mehr Demokratie und Toleranz zu erzeugen. Dazu gehört es auch, dass wir denjenigen entschieden entgegentreten, die soziale Fragen wie die der Arbeitslosigkeit und der mangelnden Ausbildungsplätze benutzen, um auf Kosten von Menschen anderer Herkunft, anderen Aussehens oder einer anderen Religionszugehörigkeit Stimmung für ihre Interessen machen. Das gilt für rechtsradikale Gruppierungen ebenso wie für Politiker demokratischer Parteien zu Wahlkampfzeiten.

Mai 2000

Dieter Schulte
Vorsitzender des DGB

Einleitung

Die Delegierten des 16. Ordentlichen Bundeskongresses haben den DGB-Bundesvorstand beauftragt, "eine Kommission einzusetzen, die aus gewerkschaftlicher Sicht die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland analysiert und Handlungsperspektiven für Gewerkschaften erarbeitet". Dieser vom DGB-Landesbezirk Sachsen eingereichte Antrag¹ wurde damit begründet, dass sich Neonazis gewerkschaftlicher Politikfelder bemächtigen. Zudem wurde darauf verwiesen, dass rechte Gruppierungen und Parteien auf militante Weise zunehmend den öffentlichen Raum beherrschten und Parteien und Regierungen immer weniger in der Lage seien, diesem Phänomen erfolgreich entgegen zu wirken.

Als gesellschaftspolitische Akteure haben Gewerkschaften bis heute unterschiedliche, mehr oder weniger kontinuierliche Aktivitäten im Umgang mit Rechtsextremismus entwickelt. Diese sind zum einen durch die konkreten Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und zum anderen durch die für Gewerkschaften handlungsleitenden Ideen Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz begründet. Trotz dieses "traditionellen" und historisch verankerten Umgangs mit Rechtsextremismus ist mit der Einrichtung einer

¹ Textanhang Seite 55

Kommission erstmalig eine gewerkschaftliche Plattform geschaffen worden, auf der DGB und Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam Handlungsfelder benannt und Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus formuliert haben. Gleichsam trägt die Einrichtung der Kommission der Tatsache Rechnung, dass es sich bei dem Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland um ein verstetigtes, gesamtgesellschaftliches Problem handelt, dem nicht ausschließlich mit temporär begrenzten Aktivitäten zu begegnen ist, sondern das vielmehr die Entwicklung mittel- und langfristiger Perspektiven erfordert.

Bereits in der Debatte dieses Antrages² wurde darauf hingewiesen, dass es sich beim Rechtsextremismus nicht mehr um ein den Gewerkschaften äußerliches Phänomen handelt, sondern dass sie davon selbst betroffen sind. Die Notwendigkeit einer selbstkritischen Bestandsaufnahme wurde durch die zwei Monate nach dem 16. Ordentlichen DGB-Bundeskongress veröffentlichte, vom WDR 2 in Auftrag gegebene infratest/dimap-Studie mehr als bestätigt.

Mit der Kommissionsarbeit und der Vorlage des Berichtes ist die Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus keineswegs beendet. Die Diskussionen in der Kommission und die Erstellung des Berichtes haben deutlich gemacht, dass der innergewerkschaftliche Verständigungsprozess über den Gegenstand nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Der uneinheitliche Gebrauch der Begriffe Fremdenfeindlichkeit respektive Rassismus mag an dieser Stelle als Beispiel dienen.

Die Kommission erhebt mit dem vorliegenden Bericht daher nicht den Anspruch der Vollständigkeit. Dies wäre wegen der Komplexität des Themas sowie der heterogenen Forschungslandschaft weder machbar noch angemessen. Vielmehr soll der Kommissionsbericht Gewerkschaftsmitglieder, -funktionäre und gesellschaftspolitisch interessierte LeserInnen dazu anregen, die Diskussion über Handlungsperspektiven produktiv voranzubringen.

Hinweise zur Arbeitsweise der Kommission und zur Gliederung des Kommissionsberichtes

Nach Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 06. Oktober 1998 wurde die Kommission Rechtsextremismus eingesetzt, der je ein/e VertreterIn der Mitgliedsgewerkschaften sowie VertreterInnen der DGB-Landesbezirke (insgesamt 4) und der Bundesvorstandsverwaltung (Abteilung Grundsatz, Internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik, Jugend und Sekretariat Gewerkschaftliche Bildung) angehören.

Die Kommission hat ihre Arbeit im Januar 1999 aufgenommen und innerhalb eines Jahres 5 Sitzungen sowie einen Workshop durchgeführt. Unterstützt wurde die Arbeit der Kommission durch externes Expertenwissen.

Zur Umsetzung des handlungsorientierten Auftrages der Kommission, d. h. der Entwicklung von gewerkschaftlichen Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus, war eine Auseinandersetzung mit empirischen und theoretischen Forschungsergebnissen unerlässlich, zumal das Thema sowohl begrifflich als auch in Bezug auf die Ursachenanalyse als uneindeutig zu bezeichnen ist. Die durch die Medien oftmals fokussierte, d. h. verengte und mit Vorurteilen aufgeladene Betrachtungsweise, in der Rechtsextremismus als Jugend- oder ostdeutsches Problem erscheint, legt zudem eine komplexe Annäherung an das Phänomen Rechtsextremismus nahe.

² Textanhang Seite 56

Schließlich sind die Forschungsergebnisse Grundlage für die Entwicklung von Handlungsperspektiven. Im ersten Kapitel wird daher ein aktueller Überblick über die Verbreitung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik gegeben. Das zweite Kapitel zeichnet die großen Linien der Ursachendiskussion nach. Im dritten Kapitel werden die von der Kommission erarbeiteten gewerkschaftlichen Handlungsfelder und -perspektiven vorgestellt.

1. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen - mit einem "Inferno" fremdenfeindlicher Gewalt hat sich der Rechtsextremismus Anfang der 90er Jahre in die politische Kultur des vereinigten Deutschland eingebrannt. Der in beiden Teilen gehegte Mythos vom Neubeginn - hier die "Stunde Null", dort der "Antifaschismus" - ließ jene Widersprüche erkennen, die er versöhnen sollte. Böse Erinnerungen an das Schicksal von Minderheiten unter der nationalsozialistischen Diktatur wurden wach. Vor einer historischen Parallelisierung des Phänomens und seiner Ursachen sei gleichwohl gewarnt. Nicht ein unseliges Kapitel deutscher Geschichte ist zurückgekehrt, die Geschichte hat vielmehr ein neues Kapitel aufgeschlagen, das mit Rechtsextremismus möglicherweise nur ungenau überschrieben ist. Dieser formt heterogene und widersprüchliche Versatzstücke zu einem Weltbild, das mit dem nationalsozialistischen, trotz historischer Anleihen, nicht identisch ist. Er folgt keiner einheitlichen Ideologie, sondern umfasst unterschiedliche, miteinander konkurrierende Sichtweisen und Zielsetzungen, was sich hierzulande auch in der organisatorischen Zersplitterung der extremen Rechten widerspiegelt. Auch wird man das aktuelle rechtsextremistische Potential nicht mehr ohne weiteres durch einen Rückgriff auf materielle Krisenlagen erklären können.

In einer pragmatischen Annäherung umfasst der Sammelbegriff Rechtsextremismus alle Einstellungen und Handlungen, "die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit des Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen".³ Wie diese Definition, unterscheidet die politikwissenschaftliche Forschung gemeinhin zwischen Einstellungen und Verhalten, zwischen einem latenten und manifesten Rechtsextremismus. Weil Individuen ihren rechtsextremen Einstellungen nicht zwangsläufig durch eine entsprechende Praxis Ausdruck verleihen, ist das Einstellungspotential größer als das Verhaltenspotential.

Auf der Handlungsebene ist das politisch zielgerichtete, einem Programm verpflichtete Verhalten vom Protestverhalten zu trennen. Letzteres dient primär der Provokation und dem Ausleben aggressiver Persönlichkeitsmerkmale. So kann die Verwendung des Hakenkreuzes einerseits politische Übereinstimmung mit dem Neonazismus, andererseits die individuelle Entfremdung gegenüber der Gesellschaft ausdrücken. Beim Protestverhalten dienen Aktionsformen, Stile und Symbole dazu, die Öffentlichkeit durch provokative Gebärden und Zeichen auf die eigene Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen aufmerksam zu machen. Der subversive Gebrauch von "schweren Zeichen" in der Punk-, Skinhead- oder Heavy Metal-Szene ist zugleich Bestandteil einer symbolischen Opposition, mit der sich diese Jugend(sub)kulturen gegen die Mainstream-Kultur abgrenzen und den Generationenkonflikt austragen. Speziell das Hakenkreuz richtete sich gegen die kulturelle Hegemonie der 68er-Generation und ihren oftmals ritualisierten Antifaschismus. Wie die erfolgreichen Einbrüche rechtsextremer Organisationen, nicht der Parteien, in die Skinhead-

³ Zit. n. Jürgen R. Winkler: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 26.

Szene dokumentieren, sind die Grenzen zwischen Protestverhalten und zielgerichtetem Handeln fließend.⁴

1.1 Rechtsextremes Einstellungspotential

In der sozialwissenschaftlichen Forschung herrscht kein Einvernehmen über die Frage, welche Einstellungen dem Rechtsextremismus eigen und wie diese inhaltlich zu definieren sind. Richard Stöss ordnet dem komplexen Einstellungsmuster folgende Bestandteile zu: Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit bzw. Ethnozentrismus, Rassismus, Wohlstandschauvinismus, Antisemitismus und Pronazismus.⁵ Mit einer aus diesen Elementen bestehenden Rechtsextremismus-Skala führte er 1998 eine Erhebung mit dem Ergebnis durch, dass bundesweit 13 Prozent - in Westdeutschland 12 Prozent und in Ostdeutschland 17 Prozent - der Bevölkerung ein rechtsextremistisches Einstellungspotential aufweisen.

Tabelle 1: Das rechtsextremistische Einstellungspotential und seine Bestandteile in der Bundesrepublik, in West- und Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)

	BRD	West	Ost
Autoritarismus	11	10	16
Nationalismus	13	13	13
Fremdenfeindlichkeit	15	14	20
Wohlstandschauvinismus	26	23	39
Pronazismus	6	6	5
Antisemitismus	6	6	5
Rechtsextremismus	13	12	17

Quelle: Stöss: Rechtsextremismus, S. 30.

Tabelle 2: Der Anteil des rechtsextremistischen Einstellungspotentials an den Berufs- bzw. Erwerbsgruppen in der Bundesrepublik sowie in West- und Ostdeutschland im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt, Mai/Juni 1998 (%)

	BRD	West	Ost
Arbeitslos	14	7	22
Arbeiter	19	18	24
Angestellte	8	7	12
Beamte	2	1	11
Selbständige	12	12	15
Nichterwerbspersonen	15	15	18
Insgesamt	13	12	17

Quelle: Stöss: Rechtsextremismus, S. 35.

⁴ Siehe dazu Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999, S. 22ff.; Eike Hebecker: Vom Skinhead im Zeitalter seiner Unkenntlichkeit, in: Kursbuch JugendKultur, hrsg. v. der Arbeitsgruppe für Symbolische Politik, Kultur und Kommunikation (SPoKK), Mannheim 1997, S. 95; Werner Helsper: Das Echte, das Extreme und die Symbolik des Bösen, in: Kursbuch JugendKultur, S. 116.

⁵ Stöss: Rechtsextremismus, S. 26ff., 30ff.

Tabelle 3: Der Anteil des rechtsextremistischen Einstellungspotentials an den Altersgruppen in der Bundesrepublik sowie in West- und Ostdeutschland im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt, Mai/Juni 1998 (%)

	B R D	W e s t	O s t
14-17 Jahre	8	5	17
18-24 Jahre	8	6	15
25-34 Jahre	10	8	20
35-44 Jahre	9	7	15
45-54 Jahre	14	14	14
55-64 Jahre	15	15	17
65-74 Jahre	21	20	25
75 und älter	22	23	16
Insgesamt	13	12	17

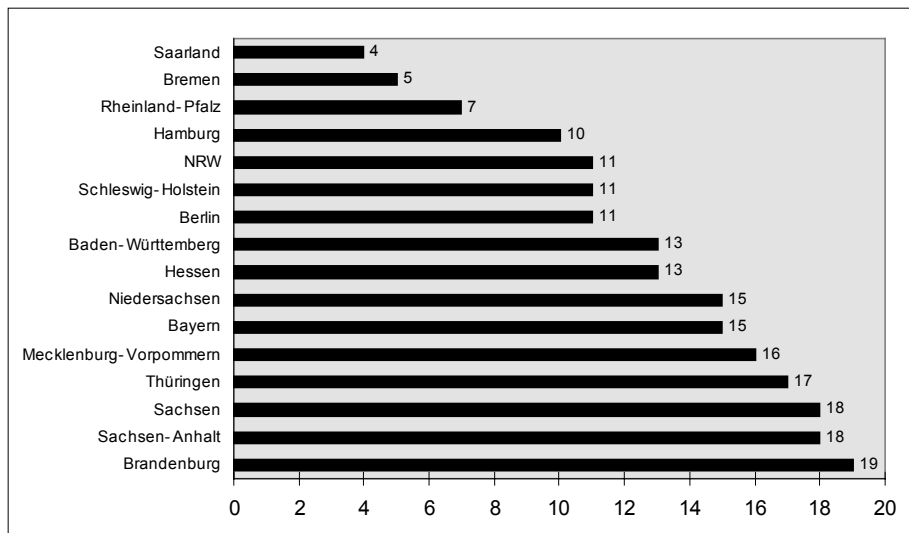
Quelle: Stöss: Rechtsextremismus, S. 35.

Eine Auswertung der sozialstrukturellen Merkmale ergibt folgendes Bild: Für rechtsextreme Einstellungen erweisen sich Frauen als genauso anfällig wie Männer. Bundesweit tendieren ältere Menschen überdurchschnittlich zu rechtsextremistischen Einstellungen. Dies gilt gleichermaßen für den Westen, wo die Generation der über 55 Jährigen extremistischer eingestellt ist als die Bevölkerung zwischen 14 und 44 Jahren. In Ostdeutschland hingegen neigen die unteren Altersgruppen stärker zu rechtsextremen Einstellungen; Rechtsextremismus ist hier in stärkerem Maße ein Jugendphänomen. Unter den Berufsgruppen ragen die Arbeiter hervor, im Osten auch die Arbeitslosen. Je geringer das Haushaltseinkommen, desto größer die Ausprägung rechtsextremistischer Einstellungen.

Der Ost-West-Vergleich ist insofern aufschlussreich, als noch im Frühjahr 1994 das gemessene rechtsextremistische Einstellungspotential im Westen mehr als doppelt so groß war wie im Osten. Diese Entwicklung findet im Wahlverhalten Bestätigung. Bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 konnten die rechtsextremistischen Parteien in den alten, bei der Bundestagswahl 1998 in den neuen Bundesländern die größeren Erfolge verbuchen. Stöss hat die Verschiebung von West- nach Ostdeutschland mit der politischen Unzufriedenheit in Beziehung gesetzt. Anfänglich beurteilten die neuen Bundesbürger den Einigungsprozess optimistischer als die alten. Knapp die Hälfte glaubte 1994 an eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren. Drei Jahre später war der Anteil der Optimisten im Osten auf 14 Prozent abgeschmolzen. Mithin dürfte der Ernüchterungsprozess in Ostdeutschland dramatischer ausgefallen sein als im Westen, wie auch die zunächst große Zuversicht in das marktwirtschaftliche und demokratische System inzwischen in eine herbe Enttäuschung umgeschlagen ist.⁶

Grafik 1: Das rechtsextremistische Einstellungspotential in den einzelnen Bundesländern, Mai/Juni 1998 (%)

⁶ Zu den Ergebnissen der Erhebung siehe Stöss: Rechtsextremismus, S. 29ff.



Quelle: Stöss: Rechtsextremismus, S. 34.

1.2 Wahlbereitschaft und Wahlverhalten

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass sich von der potentiellen oder tatsächlichen Wahl einer rechtsradikalen Partei nicht auf ein rechtsextremistisches Weltbild schließen lässt. Dagegen spricht schon der methodenkritische Hinweis, dass es kein bewährtes und allgemein anerkanntes Verfahren zur Messung von Rechtsextremismus gibt. Fast jeder Wissenschaftler bastelt sein eigenes Messinstrument, mit dem er die Wirklichkeit abzubilden versucht. Umgekehrt darf man nicht unterstellen, dass Menschen ihre rechtsextremistischen Orientierungen zwangsläufig durch entsprechende Wahlentscheidungen dokumentieren.⁷

Eine 1998 von Stöss/Niedermayer durchgeführte Erhebung über die Wahlbereitschaft für rechtsextremistische Parteien lässt zunächst geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen, denn Frauen neigen deutlich weniger zur Wahl einer rechtsextremistischen Partei. Unter den Erwerbs- und Berufsgruppen tun sich besonders die Arbeiter, die Arbeitslosen und die Selbständigen hervor. Während bundesweit die Wahlbereitschaft der Arbeiter mit 18 Prozent am höchsten liegt, stehen in den neuen Ländern die Arbeiter und Selbständigen, in den alten Ländern die Arbeiter und Arbeitslosen an der Spitze. Im Westen wächst die Wahlbereitschaft mit sinkendem Einkommen, im Osten verhält es sich genau umgekehrt. Je höher das Einkommen, um so größer sind die Erfolgsaussichten für den organisierten Rechtsextremismus. Die Hinwendung zu rechtsextremen Parteien hängt also weniger von der sozialen Lage als von den Wertorientierungen und politischen Einstellungen ab.⁸

Tabelle 4: Wahlbereitschaft für rechtsextremistische Parteien nach Erwerbs- bzw. Berufsgruppen in der Bundesrepublik, in West- und Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)

	BRD	West	Ost
Arbeitslos	12	14	9
Arbeiter	18	19	15
Angestellte	5	5	6
Beamte	2	2	0
Selbständige	10	9	16
Nichterwerbspersonen	7	7	8
Insgesamt	8	8	9

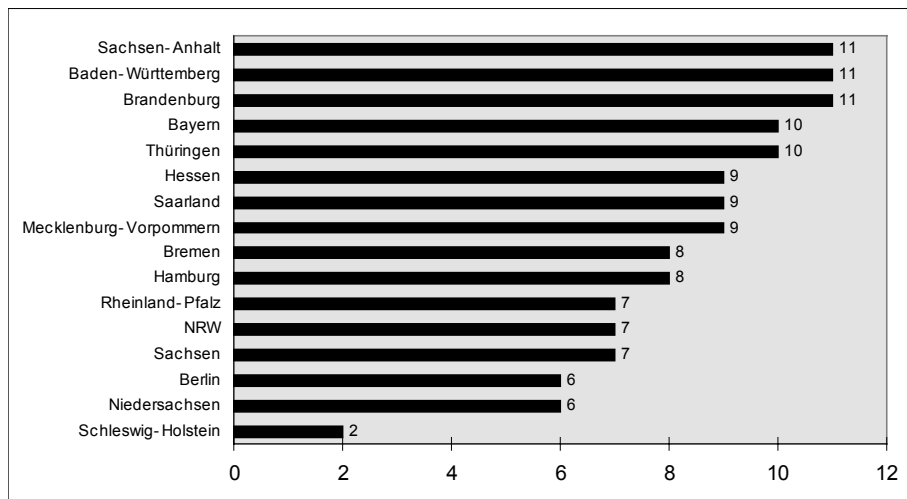
⁷ Stöss: Wieviel Rechtsextremismus darfs denn sein? Einige Anmerkungen zur Messung von Rechtsextremismus, in: IDEEN, 1991, Heft 4, S. 10.

⁸ Stöss: Rechtsextremismus, S. 123ff.

Frage: "Könnten sie sich unter Umständen vorstellen, bei Landtags-/ Bundestagswahlen auch einmal die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen?" Quelle: Stöss 1999, Seite 125.

Die Bereitschaft, eine Rechtspartei zu wählen, wächst mit der Unzufriedenheit mit der Demokratie. Von den Politikverdrossenen können sich acht Prozent im Osten und sechs Prozent im Westen, von den Systemverdrossenen zehn Prozent im Osten und 16 Prozent im Westen vorstellen, einer rechtsextremistischen Partei ihre Stimme zu geben. Dies gilt gleichsam für das Maß der Zufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik. Die sie für ungerecht halten, neigen mit zehn Prozent im Osten und elf Prozent im Westen deutlich stärker zur Wahl einer rechtsextremen Partei als die Zufriedenen - vier Prozent in Ost und West. Noch markanter macht sich der Unterschied bei den "Gewinnern" und "Verlierern" der deutschen Einheit bemerkbar. Von denen, die sich selbst zu den Gewinnern rechnen, tendieren sieben Prozent in Westdeutschland und acht Prozent in Ostdeutschland zur Rechtswahl. Die Vergleichswerte der Verlierer lauten sieben Prozent im Osten und 19 Prozent im Westen. Die Wahlbereitschaft bei den Systemverdrossenen und den Verlierern der Einheit ist im Osten geringer ausgeprägt, weil mit der PDS noch eine linke Oppositionspartei existiert, die dieses Potential binden kann. Sie mobilisiert primär unzufriedene Leute aus der Mittel- und Oberschicht, während sich das Wählerpotential der rechtsextremistischen Parteien vornehmlich aus Arbeitern und einfachen Angestellten zusammensetzt.⁹

Grafik 2: Wahlbereitschaft für rechtsextremistische Parteien in den einzelnen Bundesländern, Mai/Juni 1998 (%)



Quelle: Stöss: Rechtsextremismus, S. 124.

Die Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien nimmt mit wachsender Intensität der rechtsextremen Einstellungen zu. Eher beunruhigend ist in diesem Zusammenhang der Befund, dass die Mehrheit mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild gleichwohl die beiden Volksparteien bevorzugt. Stand noch 1980 die CDU/CSU höher in der Gunst der Rechtswähler, lag 1998 die SPD leicht vorn. Dies ist einerseits auf eine "Proletarisierung" des rechtsextremistischen Wählerpotentials, andererseits auf die verbrauchte Integrationskraft der 16 Jahre währenden Kohl-Regierung zurückzuführen. Wenn die Wahlentscheidung für eine rechtsextreme Partei mit einer Verdichtung rechtsgerichteter Einstellungen einhergeht, dürfte Protest nicht das vorrangige Motiv sein.

⁹ Stöss: Rechtsextremismus, S. 126f.

Die These vom Protestwähler, der den etablierten Parteien nur einen Denkkzettel verpassen will, hat schon durch die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 an Stimmigkeit eingebüßt. Denn bei der Erklärung für den Erfolg der Republikaner geht man inzwischen davon aus, dass latent vorhandene rechtsextreme Orientierungen durch die Asyldebatte aktualisiert und in entsprechendes Wahlverhalten deshalb übersetzt wurden, weil man der Partei Kompetenz in der Asylpolitik zubilligte. In die gleiche Richtung weisen Umfrageergebnisse aus dem Jahr 1994. Zwischen der Ablehnung von Ausländern, der Angst vor Überfremdung und der Sorge vor einem weiteren Zustrom von Asylbewerbern einerseits und der Affinität zu den Rechtsparteien andererseits bestand ein klarer Zusammenhang.¹⁰

Durch eine Analyse der Bundestagswahl 1998 werden die Schwächen der Protestwählerthese deutlich. Obwohl das Denkkzettel-Motiv bei den Wählern von DVU, NPD und Republikanern eine Rolle spielte, verfügt die Hälfte von ihnen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, und auch der Rest weist überdurchschnittlich rechtsextreme Orientierungen auf. Gemessen an der Wahlbereitschaft, erzielten die rechtsextremen Parteien indes ein unerwartet schwaches Ergebnis, vor allem in Ostdeutschland. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass die Bundestagswahl als Plebiszit für einen Machtwechsel begriffen wurde. Sollten jedoch die Erwartungen der potentiellen Rechtsaußen-Wähler enttäuscht werden, dürften rechtsextreme Parteien wieder Aufwind erhalten.¹¹

1.3 Rechtsextremismus - ein Jugendproblem?

Die SINUS-Studie von 1981 bescheinigte den Jugendlichen in der Bundesrepublik eine im Vergleich zur gesamten Bevölkerung überdurchschnittliche Resistenz gegenüber rechtsextremen Ideologien. Inzwischen hat sich ein Diskurs entwickelt, der Rechtsextremismus als ein genuines Jugendproblem behandelt. Zwar verlangt die Attraktivität rechtsextremer Orientierungen für Jugendliche nach Erklärungen, in denen die Besonderheiten der Lebensphase berücksichtigt werden. Zu warnen ist jedoch vor einer analytischen Reduktion, indem man Fremdenfeindlichkeit und Gewalt im wesentlichen als Ausdrucksformen von Entwicklungsproblemen und Sozialisationsdefiziten behandelt.¹²

Nicht zufällig herrscht diese Sichtweise im Mediendiskurs vor, der seit Hoyerswerda das Bild einer rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendgeneration zeichnet. Denn in der "vaterlosen Gesellschaft" konnte der Rechtsextremismus zu einem Versagen nicht der politischen Eliten, sondern der antiautoritären Erziehung der 68er-Generation umgedeutet werden. Das Medieninteresse richtete sich dabei in erster Linie auf die Skinhead-Subkultur, die dank ihrer Symbolik (Springerstiefel, Glatze) schon rein optisch als nicht zur Normalität dieser Gesellschaft gehörig und sozialtherapeutisch behandlungsbedürftig vorgeführt werden konnte. Obwohl Kenner der Szene das rechtsradikale Potential zwischen 17 und 30 Prozent schätzen, erhielten nicht unpolitische Oi-Skins oder antirassistische S.H.A.R.P.-Skins, sondern vorzugsweise gewalttätige Nazi-Skins die Möglichkeit, sich vor laufender Kamera darzustellen und in den Abendnachrichten zu landen. Dadurch stieg zugleich die Attraktivität dieser Jugendkultur, weil deren Provokationsmuster mit der Medienaufmerksamkeit quasi belohnt wurde.¹³

¹⁰ Siehe dazu Stöss: Rechtsextremismus, S. 128ff.; Markus Klein/Jürgen W. Falter: Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 301ff.; Falter: Wer wählt rechts?, München 1994, S. 111; Bernd Siegler: Rechtsextremismus und Wahlverhalten, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 794ff.

¹¹ Stöss: Rechtsextremismus, S. 164.

¹² Albert Scherr: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 97.

¹³ Siehe dazu Dirk Kretschmer/Siegfried Jäger: Von Irren, Chaoten und Fanatikern. Rechtsextremismus und Rassismus in den Medien, in: Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 806ff.; Jörg Weltzer: Skin-Heads, Nazi-Skins und rechte

Das der Jugendkulturforschung entstammende Konzept eines "neuen Jugendprotestes" dürfte ebenso wenig geeignet sein, um die gewalttätigen Übergriffe auf Ausländer zu erklären. Denn die Täter verstehen sich als diejenigen, die entschlossen etwas ausführen, wovon die Erwachsenen immer nur reden. Auch stimmen die rechtsstehenden Jugendlichen in hohem Maße mit den Norm- und Wertvorstellungen ihrer Eltern überein. Beides weist darauf hin, dass es sich bei den rassistisch motivierten Anschlägen keineswegs um eine Rebellion gegen die Erwachsenenwelt und Obrigkeit handelt. Vielmehr stellen sie den Versuch dar, die bedrohte eigene Integration durch Loyalität zu sichern. Anfällig für rechtsextreme Orientierungen sind vor allem die Jugendlichen, die sich mit den herrschenden Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizieren, das Leistungsprinzip absolut setzen und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren.¹⁴

Zum Rechtsextremismus der Jugend zeichnen die neueren Untersuchungen ein unscharfes Bild.¹⁵ Fremdenfeindliche Orientierungen finden sich bei 30 bis 40 Prozent der Jugendlichen und sind bei Haupt- und Realschülern, Auszubildenden und Facharbeitern stärker ausgeprägt als bei Gymnasiasten und Studenten. Schätzungen über den rechtsextremistischen "harten Kern", die zwischen 10 und 20 Prozent liegen, sind eher mit Vorsicht zu genießen. Ihnen widerspricht beispielsweise die Selbsteinschätzung der Jugendlichen. Im 1992 vom Deutschen Jugendinstitut veröffentlichten Jugendsurvey bezeichneten sich 4,3 Prozent der Ostjugendlichen und 3,8 Prozent der Westjugendlichen als rechts, 16,5 Prozent und 15 Prozent als eher rechts. Ursula Birsl formuliert als Fazit einer detaillierten statistischen Analyse, dass ein kohärentes rechtsextremistisches Weltbild in den Orientierungen der Jugendlichen nicht vorfindbar sei.¹⁶

Tatsächlich haben bisherige Studien in den politischen Orientierungen der Jugendlichen ein geschlossenes Einstellungssyndrom nicht überzeugend nachweisen können. Fremdenfeindlichkeit geht vielfach mit Nationalismus einher, in vielen Fällen nicht. Zudem differenzieren Jugendliche zwischen den Nationalitäten sowie zwischen Arbeitsmigranten und Asylbewerbern. Nicht alle Jugendlichen, bei denen rassistische, fremdenfeindliche, ethnozentristische und antidemokratische Orientierungen Hand in Hand gehen, sympathisieren zugleich mit rechtsextremen Parteien. In einer Repräsentativbefragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die 1992 auf Basis des Jugendsurveys durchgeführt wurde, weisen mit Ausnahme der Fremdenfeindlichkeit alle Elemente des jeweils untersuchten Einstellungssyndroms recht niedrige Anteilswerte aus, weshalb die Mehrheit der fremdenfeindlichen Jugendlichen keineswegs der äußersten Rechten zuzurechnen ist.¹⁷ Dies spräche für eine Herangehensweise, die den jugendlichen Rechtsextremismus im Kontext von struktureller Diskriminierung, gesellschaftlich produzierten Feindbildern und Ausgrenzungsstrategien diskutiert, mit denen in der unerklärten Einwanderungsgesellschaft auf Arbeitsmigranten und politischen Flüchtlingen reagiert wurde.¹⁸

Was den Jugendlichen eine erhöhte Aufmerksamkeit von Politik, Medien, Wissenschaft und Sozialpädagogen bescherte, ist die Verquickung von Protestkultur, rechtsextremen Orientierungen und Gewalt. Mehr als drei Viertel der Gewalttäter sind Jugendliche und Heranwachsende, nur etwa 1 bis 2 Prozent weiblichen Geschlechts. Im DJI-Jugendsurvey von 1992 wurde herausgearbeitet, dass Gewaltbereitschaft und -akzeptanz mit rechten

Subkultur, in: Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 785ff.; Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen: Skinheads, München 1993, S. 201; Hebecker: Vom Skinhead, S. 91f.

¹⁴ Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Politisch-kulturelle Sozialisation, Aggression und Gewalt, in: Mecklenburg: Handbuch Rechtsextremismus, S. 760f.; Birgit Rommelspacher: Rassistische und rechte Gewalt: Der Streit um die Ursachen, in: Dies. (Hrsg.): Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht, Berlin 1995, S. 82.

¹⁵ Das nachstehende Resümee der Forschungsergebnisse zieht Scherr: Stand der Debatte, S. 103.

¹⁶ Ursula Birsl: Rechtsextremismus: weiblich - männlich? Eine Fallstudie, Opladen 1995, S. 209.

¹⁷ Vgl. dazu Ursula Hoffmann-Lange: Das rechte Einstellungspotential in der deutschen Jugend, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 134ff.

¹⁸ Scherr: Stand der Debatte, S. 98.

Orientierungen und Fremdenfeindlichkeit zusammenhängen. Es gibt eine relativ starke Minderheit unter den Jugendlichen, die Gewalt gegen Ausländer billigt und eine entsprechend große Ablehnung gegenüber Asylbewerbern zeigt. In dieser Gruppe sind die ostdeutschen Jugendlichen und die Jugendlichen mit niedrigem Bildungsabschluss stärker vertreten. In einer repräsentativen Jugendbefragung sprachen sich 1993 mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen dafür aus, künftig weniger Asylbewerber als bisher aufzunehmen. Mehr als zehn Prozent der Jugendlichen - acht Prozent im Westen und 18 Prozent im Osten - zeigten Verständnis für das gewaltsame Vorgehen gegen Ausländer. Indes haben die fremdenfeindlichen und gewaltaffinen Potentiale unter Jugendlichen seitdem nicht zu-, sondern eher abgenommen, wie eine zweite Befragung von 1995 dokumentiert.¹⁹

Fremdenfeindliche oder rassistische Straftaten werden in der Regel von oder aus informellen Gruppen heraus begangen, die schwach organisiert und instabil sind. Selbst bei schweren Delikten findet keine längerfristige Planung statt. Der Entschluss wird bei Festen, Saufgelagen oder bei zufälligen Treffen gefasst, wobei Medienberichte, Anschläge an anderen Orten oder Skandalgeschichten über Ausländer stimulierend wirken können. Die Mitglieder dieser Gruppen, ob Cliques, Freundeskreise, Skinheads oder Hooligans, lassen kaum geschlossene rassistische oder rechtsextremistische Einstellungsmuster erkennen. Autoritäre Einstellungen, Vorurteile gegenüber Fremden und Minderheiten sowie ein erhebliches Ausmaß an persönlicher Aggressivität und Gewaltbereitschaft sind in diesen Gruppen allerdings an der Tagesordnung. Zwar sind Protestverhalten und Gewalt seit jeher fester Bestandteil von Jugendkulturen, es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit diese zum Rekrutierungsbecken für rechtsextreme Organisationen geworden sind. Tatsächlich ist es ihnen gerade in Ostdeutschland gelungen, in einzelnen Jugendszenen Fuß zu fassen. Ihre Rechnung ist gleichwohl nicht aufgegangen. Die gewaltbereiten Subkulturen, unter denen die Skinheads die dominante sind, existieren nicht als das Ergebnis einer geplanten Strategie und sind nicht von "oben" gesteuert. Es handelt sich vielmehr um labile Gruppierungen, die in ein latent rechtsextremistisches Umfeld eingelagert sind.²⁰

Während der Rechtsextremismus in Westdeutschland traditionell auf Organisation setzt, ist der schwach organisierte, spontane und besonders aggressive Rechtsextremismus ostdeutscher Prägung eher subkultureller Natur und bewegungsorientiert. Der ostdeutsche Rechtsextremismus-Experte Bernd Wagner sieht gerade hierin die besondere Gefahr eines modernisierten deutschen Rechtsextremismus, der in den neuen Ländern viel stärker in den Alltag und die Lebensweise vornehmlich von Jugendlichen eingebettet sei. Weil die DDR keine Handlungsmöglichkeiten für parlamentarische Aktionsformen rechtsextremistischer Kräfte bot und deren Aktivitäten seit Mitte der 80er Jahre durch ein engmaschiges Überwachungsnetz behinderte, konzentrierte sich die rechte Szene auf direkte Arbeit an der Basis. Sie verfeinerte ihre Aktivitätsformen außerhalb des unmittelbaren politischen Raumes und stieß damit die Tür zur manifesten Verankerung des Rechtsextremismus im soziokulturellen Raum auf.²¹

1.4 Rechtsextreme Orientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern

Eine 1998 im Auftrag des WDR 2 vom Institut infratest/dimap durchgeführte Umfrage hat innerhalb der Gewerkschaften Besorgnis und heftige Diskussionen ausgelöst. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere unter jungen Gewerkschaftsmitgliedern das Wählerpotential rechtsradikaler Parteien größer ist als unter den Wahlberechtigten insgesamt. Im vorschnellen wie methodisch fehlerhaften Umkehrschluss, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft fördere die Bereitschaft, rechtsextrem zu wählen, wurden allerdings die

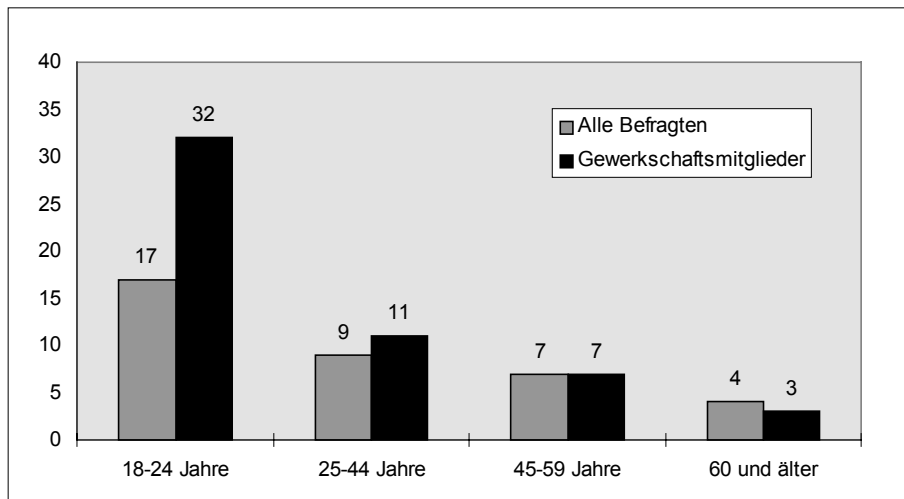
¹⁹ Roland Eckert/Helmut Willems/Stefanie Würtz: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 160.

²⁰ Stöss: Rechtsextremismus, S. 136ff.

²¹ Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, in: Deutsche Lehrerzeitung special, 1998, Nr. 19, S. 44.

beobachteten Einzelphänomene ohne jegliche theoretische Erläuterung in ein Ursache-Wirkungs-Schema gepresst. Die Medien griffen die Umfrageergebnisse dankbar auf und zeichneten bisweilen ein ebenso sensationslüsternes wie unzutreffendes Bild. In den Schlagzeilen löste der rechtsradikale Gewerkschaftsjugendliche den rechtsradikalen Skinhead ab; die Gewerkschaften selbst gerieten in den Verdacht, Urheber rechtsextremer Einstellungen zu sein.

Grafik 3: Rechtsextremes Wählerpotential unter Gewerkschaftsmitgliedern nach Altersgruppen, Mai-August 1998 (%)



Quelle: Untersuchung von infratest/dimap Mai - Aug. 1998.

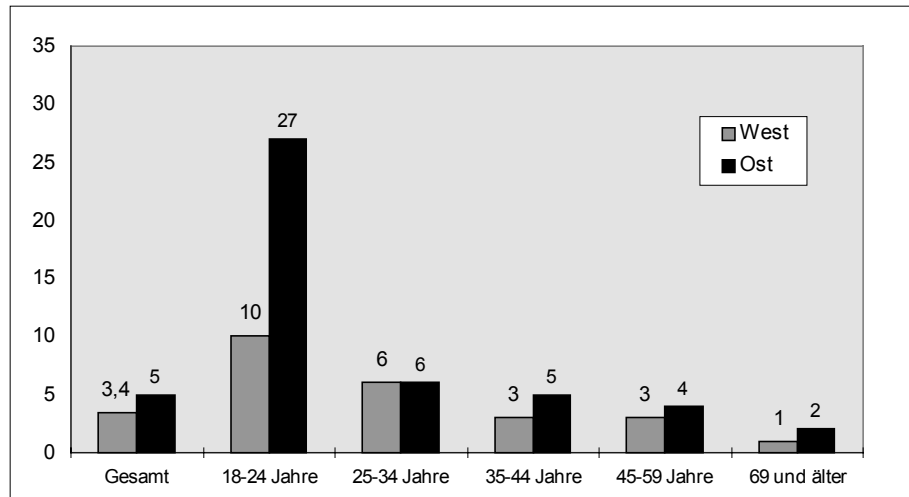
Nachdenklich stimmt das vorsichtigere Fazit der infratest/dimap-Studie, wonach die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft keine Barriere für die Wahl einer rechtsradikalen Partei darstelle. Die These von der Rechtsextremismus-Resistenz gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer geriet allerdings schon bei der Berlinwahl 1989 ins Wanken. Denn im Vergleich zu den Nicht-Mitgliedern neigten sie eher dazu, die Republikaner durch ihre Stimme zu unterstützen.²² In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen hat sich diese Tendenz sowohl bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt als auch bei der Bundestagswahl 1998 fortgesetzt.

Grafik 4: Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1998 in Ost- und Westdeutschland (%)

Quelle: Vorläufiges amtliches Ergebnis der Bundestagswahl 1998; Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen am 27.9.1998 im Auftrag von einblick.

Grafik 5: Zweitstimmen von GewerkschafterInnen für rechte Parteien bei der Bundestagswahl 1998 nach Altergruppen

²² Siehe dazu Dieter Roth: Sind die Republikaner die fünfte Partei? Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler der Republikaner, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hrsg.): Die schleichende Gefahr - Rechtsextremismus heute, Essen 1990, S. 136.



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen am 27.9.1998 im Auftrag von einblick.

Lange vor der infratest/dimap-Studie haben sich Josef Held, Hans-Werner Horn und Athanasios Marvakis mit den rechtsextremen Einstellungen von jungen Gewerkschaftsmitgliedern beschäftigt. Anstatt ein homogenes Rechtsextremismussyndrom zu unterstellen, fragen sie nach den politischen Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen. Die internationale gilt ihnen als positives Gegenstück zur autoritären, rassistischen und nationalistischen Orientierung. Letztere teilt sich in eine völkische, eine expansive und eine ausgrenzende, durch Verweigerung gleicher Rechte für Ausländer gekennzeichnete Richtung. Damit wird zwischen verschiedenen Äußerungsformen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus unterschieden. Zudem gehen die Autoren davon aus, dass die politischen Orientierungen Jugendlicher wesentlich durch ihre Widersprüchlichkeit charakterisiert seien.²³

Die Ergebnisse der vom WDR initiierten Befragung stimmen weitgehend mit denen überein, die das Autorenkollektiv in seinem Projekt zu Tage förderte: Gewerkschaftlich organisierte Auszubildende tendieren deutlich stärker zu nationalistischen und rassistischen Positionen als nicht organisierte Jugendliche. Dieser Unterschied tritt in der Westregion besonders markant hervor, während in Ostdeutschland die Vergleichsgruppen eine größere Homogenität aufweisen. Die gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen beider Regionen geben in ihren politischen Orientierungen ein relativ einheitliches Bild ab. Demgegenüber neigen die nicht organisierten ostdeutschen Auszubildenden deutlich stärker zu rechten Orientierungen als die untersuchten Nichtmitglieder in Westdeutschland. Das Ergebnis der Studie wird dadurch verzerrt, dass im Geschlechtervergleich rechte Orientierungsmuster bei den weiblichen Auszubildenden geringer ausgeprägt und im industriellen Sektor stärker verbreitet sind als im Handwerk. Denn Gewerkschaftsmitglieder sind überwiegend männlichen Geschlechts und konzentrieren sich im Westen mehrheitlich auf Großbetriebe. Festzuhalten bleibt, dass unter gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen insbesondere in den industriellen Kernsektoren die ausgrenzende nationale Orientierung größere Zustimmung findet als in der nicht organisierten Vergleichsgruppe.²⁴

Dieser Befund steht zunächst quer zu den "Täterprofilen", wie sie in anderen Erklärungsansätzen gezeichnet worden sind. Denn es sind nicht, wie oftmals angenommen, die benachteiligten Jugendlichen in prekären Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, die ein

²³ Siehe dazu Josef Held/Hans-Werner Horn/ Athanasios Marvakis: Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen, Tübingen 1994, S. 10.

²⁴ Hans-Werner Horn: No time for losers, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1995, Heft 8, S. 485ff.

höheres Maß an rechten politischen Orientierungen aufweisen. Daran wird die These geknüpft, dass es sich bei den ostdeutschen Jugendlichen eher um einen "Rassismus der Ausgrenzung von Armen", bei den westdeutschen Jugendlichen tendenziell um einen "Wohlstandschauvinismus" handele, der sich einer Überidentifikation mit den deutschen Wirtschaftsinteressen verdanke.²⁵

2. Ursachen

In der deutschen Medienöffentlichkeit zirkuliert Rechtsextremismus seit nunmehr einem Jahrzehnt als ein allgegenwärtiges, mehr und mehr alltägliches Phänomen. Nicht nur hierzulande, sondern europaweit feierten rechtsradikale Parteien unerwartete Wahlerfolge, verschärften sich die Konflikte zwischen einheimischer Bevölkerung und ethnischen Minderheiten bis hin zu menschenverachtender Gewalt gegen Zugewanderte und Asylsuchende. Lässt sich der Rechtsextremismus folglich als "normale Pathologie" westlicher Industriegesellschaften charakterisieren, wie dies 1967 Erwin Scheuch und Hans-Dieter Klingemann getan haben? Seine Entstehungsbedingungen verorten die Autoren im beschleunigten sozialen Wandel, der für die Menschen mit Anomie, Verunsicherung und Angst einhergehe. Den Anpassungsleistungen an eine widersprüchliche Realität nicht gewachsen, entwickelten desorientierte Individuen eine "pathologische Persönlichkeit". Sie flüchteten in ein starres Werte- und Orientierungssystem, wie es von den rechts- und linksextremen Parteien und Bewegungen angeboten werde.²⁶

In dieser vagen Verknüpfung von Modernisierungsprozessen und Rechtsextremismus zeichnet sich ein grundsätzliches Problem der Rechtsextremismusforschung ab. Nicht zufällig bleibt die Frage ungeklärt, warum sich bei einigen Menschen eine "pathologische" Persönlichkeitsstruktur herausbildet, bei anderen nicht. Denn letztlich operieren die Autoren mit einem hochinteressanten wie simplen Normalismuskonzept. Darin erscheint der politische Extremismus - im Sinne der Gausschen Normalverteilung - als normale, zugleich aber "krankhafte" Abweichung von einer demokratischen Mitte. Die dort lokalisierten Parteien, Werte, Einstellungen etc. repräsentieren die für Industriegesellschaften gültige Norm, die vom rechten und linken Rand bedroht wird.

Die These von Scheuch/Klingemann fügt sich in jene soziologische Denkrichtung, die den Holocaust zwar als Extremfall, in seinen einzelnen Phänomenen jedoch als "normales", mit anderen sozialen Konflikten und Übergriffen vergleichbares Ereignis beschreibt. Der Völkermord an den Juden resultiert dieser Auffassung zufolge aus einer zeitlich begrenzten Funktionsstörung der Gesellschaft - im gesetzlosen Zustand neige der Mensch zur Rücksichtslosigkeit gegenüber anderen. Umgekehrt wird unterstellt, dass eine funktionierende soziale Ordnung, indem sie moralisches Handeln verbürgt, derartige Exzesse weitgehend ausschließe.²⁷

Gegen diese Interpretation und das ihr zugrundeliegende Zivilisationsmodell hat unter anderem der Soziologe Zygmunt Bauman seine Stimme erhoben. Für ihn ist der Holocaust kein Bruch in der fortschrittlichen Entwicklungsgeschichte der modernen Gesellschaft - kein Betriebsunfall, sondern das Produkt der Moderne. Baumans Diagnose der kollektiven Erinnerung an den Holocaust ließe sich auf unseren Umgang mit dem Rechtsextremismus übertragen: "Wenn nun der Holocaust gar nicht die Antithese zur modernen Zivilisation wäre? Der uneingestandene Verdacht lautet, der Holocaust könne ein verborgenes Antlitz derselben modernen Gesellschaft zutage gefördert haben, deren Erscheinungsbild uns so

²⁵ Zit. n. Scherr: Rechtsextremismus, S. 113, der die Studie von Held/Horn/Marvakis kritisch gewürdigt hat.

²⁶ Erwin Scheuch/Hans-Dieter Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12(1967), S. 11-29; Winkler/Jaschke/Falter: Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 12.

²⁷ Vgl. Zygmunt Bauman: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992, S. 15ff.

vertraut ist. Als hätten wir es mit zwei Gesichtern eines einzigen Organismus zu tun. Keine Vorstellung ist unerträglicher als die, dass keins der beiden ohne das andere existiere: wie die zwei Gesichter einer Münze“.²⁸

2.1 Probleme des Rechtsextremismus-Begriffs

In der bundesdeutschen Rechtsextremismusforschung wirkt bis heute die These von Scheuch/Klingemann nach. Mit wenigen Ausnahmen ortet sie die Gefahr rechts von der Mitte und bringt unterschiedliche Phänomene auf einen scheinbar wissenschaftlich exakten Begriff. Wer den Mediendiskurs gegen den Strich bürstet, könnte freilich auf eine andere Idee kommen. Von den “Protestwählern” der Republikaner über die Skinheads und “autoritätshörigen” Bürger in Ostdeutschland bis hin zu den rechtsextrem orientierten Gewerkschaftsmitgliedern hat sich das Problem schrittweise in die Mitte verschoben. Auf die erhebliche analytische Unschärfe des Rechtsextremismusbegriffs ist verschiedentlich hingewiesen worden. In der Forschung kursieren nicht nur uneinheitliche Bezeichnungen: Rechtsextremismus, politischer Extremismus, rechtsextreme Orientierung, rechtsextremes Denken, extreme Bewegungen und dergleichen. Fast jeder Forscher arbeitet mit einem eigenen Rechtsextremismusbegriff, der je nach theoretischem Modell mit verschiedenen Bedeutungen aufgeladen wird. Unter den fast 40 Bedeutungsinhalten werden Nationalismus, Ethnozentrismus, Antidemokratie, Antipluralismus, Autoritarismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus am häufigsten genannt.²⁹

Die Mehrdeutigkeit des Rechtsextremismusbegriffes geht mit mangelnder Sorgfalt bei den Definitionen einher. Während sich für Wilhelm Heitmeyer in der rechtsextremen Orientierung eine Ideologie der Ungleichheit mit Gewaltakzeptanz verbindet, fehlt letzteres in anderen Definitionen. Daraus folgt ein Widerspruch, denn entweder gehört Gewaltakzeptanz zum Rechtsextremismus oder nicht.

Festzuhalten bleibt, dass es keinen Konsens über Begriffe, folglich auch nicht über den Forschungsgegenstand gibt. Für die Diskussion und Vergleichbarkeit von Forschungsergebnissen hat dies erhebliche Konsequenzen.³⁰

In der Verwendung von Begriffen wie Rechtsextremismus oder Rassismus verschränken sich analytische Unterscheidung mit normativer Bewertung. Gemeinsam ist ihnen, dass sie uneinheitliche Formen sozialen Handelns auf einen einheitlichen Begriff bringen und dadurch eingrenzen. Ob die aus den Konflikten einer multiethnischen Gesellschaft herrührenden Handlungsweisen und Feindbilder als Rechtsextremismus angemessen zu erklären sind, ist fraglich. Jugendliche könnten durchaus Vorurteile gegen Asylsuchende an den Tag legen und Gewalt gegen diese Minderheit akzeptieren, sich zugleich aber von rassistischen Ideologien und rechtsextremen Organisationen distanzieren. Auch ist nicht unbedingt plausibel, dass den unterschiedlichen Formen der Diskriminierung ein einzelnes, geschlossenes Syndrom von Einstellungen und Überzeugungen zugrunde liegt. Vielmehr werden die in der Gesellschaft zirkulierenden Vorurteile, Feindbilder und Ausgrenzungspraktiken von den Individuen in unterschiedlichen Lebenslagen und aus verschiedenen Gründen aufgegriffen. Insofern kann die sozialwissenschaftliche Forschung nicht sinnvoll nach der Ursache des Rechtsextremismus fragen. Sie kann lediglich aktuelle und lebensgeschichtlich vorgängige soziale Konstellationen untersuchen, welche die Entwicklung vielfältiger –“rechtsextremer” Orientierungen begünstigen.³¹

²⁸ Ebd., S. 21.

²⁹ Ulrich Druwe/Susanne Mantino: “Rechtsextremismus”. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 73.

³⁰ Druwe/Mantino: Methodologische Bemerkungen, S. 78.

³¹ Scherr: Stand der Debatte, S. 98f.

Der Rassismus wird gemeinhin als Kernelement rechtsextremistischer Ideologie identifiziert. Ob und inwieweit er von Fremdenhass und Fremdenangst zu unterscheiden ist, bleibt vielfach unklar. Für Siegfried Jäger liegt Rassismus dann vor, wenn eine als "Rasse" konstruierte Minderheit aus der Machtposition der Mehrheitskultur heraus als minderwertig eingestuft und dadurch diskriminiert und ausgegrenzt werden könne. Die rassistischen Einstellungen entstünden nun nicht vorrangig aus der individuellen Verarbeitung von Lebenssituationen, sondern als Produkt von Diskursen (Mediendiskurs, Erziehungsdiskurs, Diskurs der Politik), die untereinander durch Kollektivsymbole verknüpft seien ("Das Boot ist voll"). Verstrickt in diese Diskurse, werde das Individuen nicht nur mental beeinflusst, sondern zu Handlungsbereitschaft und konkreten Taten disponiert.³²

Dies ist ein fruchtbarer Ansatz, weil er Politik und Medien für die Entstehung der fremdenfeindlichen Stimmung und Gewalt in die Verantwortung nimmt. Er analysiert Rassismus als ein in der Gesellschaft breit verankertes Prinzip, das in der Vorstellung einer homogenen, auf gemeinsame Abstammung, Sprache und Kultur gegründeten Gesellschaft bis heute die deutschen Ausländergesetze bestimmt. Diese Vorstellung war im übrigen in der scharfen Auseinandersetzung um die doppelte Staatsbürgerschaft erneut spürbar.

Jäger beschreibt Rassismus als ein in Deutschland seit Jahrhunderten existierendes Phänomen, das in den Massenvernichtungen der Nazis seinen Höhepunkt fand. Dagegen sieht Zygmunt Bauman die Entstehung des Rassismus untrennbar mit dem Aufkommen moderner Wissenschaft und Technologie und moderner Staatsapparate verknüpft. Von Heterophobie und Fremdenhass unterscheidet er sich durch seine Praktik. Diese zielt auf die Errichtung einer künstlichen sozialen Ordnung, aus der die Elemente zu beseitigen seien, die dem erwünschten, perfekten Erscheinungsbild nicht angepasst werden könnten. Für Bauman ist Rassismus zwangsläufig mit der Strategie der Ausgrenzung verknüpft. Sein Gebot lautet, die anstößige Gruppe zu entfernen - durch Vertreibung oder Vernichtung.³³

Eine zwischen beiden Definitionen vermittelnde Position könnte in der pragmatischen Vorgehensweise liegen, die negative Einstellungen gegenüber Fremden auf einem Kontinuum anzusiedeln, das vom Konservatismus bis zum Rassismus reicht. Ersterer definiert sich durch eine Haltung, die Werte und Normen der eigenen Gruppe gegen fremde Einflüsse zu bewahren versucht. Der Rassismus hingegen speist sich aus dem festen Glauben an die Überlegenheit der eigenen Volksgruppe und äußert sich auf der Handlungsebene in einem Spektrum, das von der Verweigerung gleicher Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten über Gewalt gegen Einzelne bis zum Völkermord reicht. Zwischen beiden Extremen liegt ein weiterer Bereich von Fremdenangst und Fremdenhass. Sie umfasst Abwehrreaktionen, Kontaktvermeidung, Ausgrenzung, Einschüchterung und Verfolgung. In diesem deskriptiven Schema bleiben allerdings die Ursachen ausgeklammert.³⁴

2.2 Theorienlandschaft

Die Kontroversen um den Forschungsgegenstand Rechtsextremismus und die Schwächen der Begriffsbildung spiegeln sich in einer wenig entwickelten Theorieproduktion wider. Häufig werden die Aufzählung von Ursachen mit Theorie verwechselt oder Ursachen behauptet, ohne die angewandten Gesetze namhaft zu machen. Am Ende einer zehnjährigen Forschungskonjunktur steht die ernüchternde Bilanz: Es gibt keine konsensfähige Theorie des Rechtsextremismus und folglich auch keinen Konsens über dessen Ursachen. Stattdessen konkurrieren unterschiedliche Theorien miteinander, und es sind nur wenige

³² Siegfried Jäger: Brandsätze. Rassismus im Alltag, Duisburg 1992, S. 14f; Ders.: Rassismus in Deutschland, in: Hubertus Heil u.a. (Hrsg.): Jugend und Gewalt. Über den Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen, Marburg 1993, S. 85: Zur diskursanalytischen Kritik der Mediensprache siehe auch Jürgen Link: Über den Anteil der Mediensprache am rassistischen Terror, Referat v. 12.10.1991.

³³ Bauman: Dialektik der Ordnung, S. 76ff.

³⁴ Manfred Küchler: Xenophobie im internationalen Vergleich, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 248ff.

Anstrengungen zu verzeichnen, die vorhandenen theoretischen Bausteine aufeinander zu beziehen und in umfassendere Systeme einzubetten.

Auf der Suche nach den Ursachen des Rechtsextremismus haben sich drei Forschungsrichtungen entwickelt. Die psychologische wurde begründet durch die Studien von Fromm und Adorno zur "autoritären Persönlichkeit", die sich den Mächtigen unterwerfe und den Schwachen gegenüber als überlegen und aggressiv gebärde. Menschen mit einer solchen Persönlichkeitsstruktur weisen laut Adorno geschlossene rechtsextreme Weltbilder auf und neigen zur Unterstützung entsprechender politischer Gruppierungen und Herrschaftssysteme. Modifiziert und erweitert wurde dieser persönlichkeitsbezogene Ansatz durch das Dogmatismuskonzept, welches den Autoritarismus als Spezialfall einschließt. Es basiert auf der Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen Orientierungssystemen. Letztere zeichnen sich aus durch ein pessimistisches Weltbild, Angst, den Glauben an eine absolute Autorität und die Intoleranz gegenüber anders Denkenden aus.

In fast allen persönlichkeitsbezogenen Ansätzen wird der familiären Sozialisation die eigentlich prägende Kraft für die Ausbildung von Werten zugestanden. Für die psychoanalytisch orientierten Autoren wurzelt das Übel in der frühkindlichen Erziehung innerhalb einer autoritären, vaterdominanten Familienstruktur. Die der Psychologie entlehnten Ansätze betonen die Jugendphase. Einig sind sich die Vertreter dieser Richtung in dem Punkt, dass die von ihnen untersuchten Persönlichkeitsmerkmale gegen Umwelteinflüsse weitgehend immun sind und auch kritische Zeiten überdauern. Dem steht die heute weithin geteilte Auffassung entgegen, dass Persönlichkeitsmerkmale lediglich Grundausstattungen darstellen, die durch die soziale Umwelt verstärkt, aber auch korrigiert werden können. Das kritische Resümee einer neueren Autoritarismus-Studie lautet zudem: Psychische Dispositionen legen die politische Einstellung nicht eindeutig fest.³⁵

Die zweite Theorierichtung kreist um die Begriffe Statusverlust, Deprivation oder Frustration. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung von einem Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit, der aus einer Kluft zwischen dem tatsächlichen und dem gewünschten Zustand resultiert. Deprivation als die Nicht-Erfüllung bestimmter Erwartungen oder Bedürfnisse hat demnach einen ähnlichen Bedeutungsgehalt wie Statusverlust, wobei der vom Individuum wahrgenommene Mangel sich nicht nur auf materielle Güter erstrecken muss. Genau diese ökonomisch reduzierte Sichtweise aber hat in der These vom Aufstand der Modernisierungsoffer oder -verlierer die größte Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion gefunden. Empirisch hat sie sich nicht bewährt. Inzwischen gilt als gesicherte Erkenntnis, dass Individuen gleiche Umweltsituationen unterschiedlich verarbeiten. Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen lassen sich mittels ökonomischer Deprivation nicht erklären, weil dieser Ansatz eine Antwort auf die Frage schuldig bleibt, warum Menschen ihre Unzufriedenheit in einer rechtsextremen und nicht in einer linken Oppositionsbewegung artikulieren.³⁶

Die dritte Forschungsrichtung setzt an den Folgen des sozialen Wandels an und ist in der aktuellen Diskussion vor allem mit dem Namen Wilhelm Heitmeyer verknüpft. Dreh- und Angelpunkt seines Theoriemodells sind die als Auflösung traditioneller Sozialmilieus und verbindlicher Normen verstandenen Individualisierungsprozesse, die insbesondere bei Jugendlichen zu Identitätsproblemen führten. Diese gingen mit Ohnmachtsgefühlen, sozialer Vereinzelung und Handlungsunsicherheit einher und ließen zugleich den Wunsch nach Sicherheit, Geborgenheit und Stärke entstehen. Auf individueller Ebene äußere sich Desintegration in der Herausbildung rechtsextremer Orientierungen, auf politischer in der Erosion traditioneller Parteibindungen. Gegen die Kausalkette Individualisierung - Orientie-

³⁵ Siehe dazu Jürgen Winkler: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 29ff. Die Autoritarismus-Studie von Detlef Oesterreich bilanziert kritisch Albert Scherr: Stand der Debatte, S. 110ff.

³⁶ Winkler: Bausteine, S. 35.

rungslosigkeit - Rechtsextremismus haben verschiedene Seiten berechtigte Kritik geäußert, zumal Heitmeyer den Individualisierungsprozess einseitig als Belastungserfahrung diskutiert. Wenn man bedenkt, dass Anfang der 50er Jahre in vielen sozialen Bezugsgruppen rechtsextreme Einstellungen verbreitet waren, so dürfte durch die Auflösung dieser Milieus der Rechtsextremismus eher an Boden verloren haben.³⁷

Heitmeyer selbst musste seine Ausgangshypothese korrigieren, ein geringes Selbstwertgefühl in Verbindung mit einer schlechten schulischen bzw. beruflichen Position, mangelnder Gruppenzugehörigkeit und düsterer Zukunftsperspektive führe zu rechtsextremen Orientierungen. Stattdessen treten autoritär-nationalistische Sichtweisen eher in Verbindung mit einem starken Selbstwertgefühl und positivem Selbstkonzept in Erscheinung, was auf eine breite gesellschaftliche Verankerung solcher Orientierungsmuster hindeutet. Diesen Befund hat Heitmeyer mit der Erklärung eingearbeitet, dass die auf der Schattenseite von Individualisierungsprozessen sich entwickelnden Konkurrenzverhältnisse den Zwang ausübten, sich um jeden Preis durchzusetzen. Werte und Normen würden dabei so hingebogen, dass die eigene Stärke bedenkenlos siegen kann. Dies fördere einen Machiavellismus zu Tage, der nicht mit Ich-Schwäche im Sinne des klassischen Autoritarismus-Konzeptes, sondern mit einem Überlegenheitsgefühl einhergehe. Der Machiavellismus mündet für Heitmeyer nicht zwangsläufig in einen Sozialdarwinismus, sei aber prinzipiell offen dafür und in diesem Punkt verwandt mit dem Rechtsextremismus.³⁸

Weder der anomie- noch der deprivationstheoretische Ansatz haben sich in der empirischen Forschung ausreichend bewährt. Gleichwohl erfreuen sich beide großer Beliebtheit, weil sie das Anwachsen rechtsextremer Orientierungen in Zeiten der wirtschaftlichen Krise plausibel erscheinen lassen. Dieser auf gesellschaftlicher Ebene belegte Zusammenhang wird brüchig, sobald man ihn auf die individuelle überträgt. Denn politische Orientierungen sind kein simpler Reflex der persönlichen Lebenssituation, die erst mit Hilfe vorhandener politischer Deutungsmuster interpretiert werden kann. Gegenwärtig existiert kein entwickeltes Theoriekonzept, das den Zusammenhang von sozialer Lage, Geschlecht und politischem Bewusstsein angemessen begreifen kann.³⁹

In der Theoriebildung der Rechtsextremismusforschung hat die politische Kultur erst in jüngster Zeit einen eigenständigen Platz erhalten. Dies erstaunt um so mehr, als Talcott Parsons schon 1942 auf deren Bedeutung für die Entstehung rechtsextremer Bewegungen hingewiesen hat. Eine Mobilisierung anomischer Menschen könne nur gelingen, wenn in der Gesellschaft wenigstens einige Symbole und Fragmente rechtsextremer Ideologie als legitim betrachtet würden. Inzwischen geht man davon aus, dass die politische Kultur in mehrerer Hinsicht auf die Entstehung und Ausbreitung von Rechtsextremismus wirkt. Sie beeinflusst die politische Sozialisation und stellt Denk- und Deutungsangebote bereit, mit denen das Individuum sich und seine Umwelt interpretiert.⁴⁰ Wie der von einer drastisch verschärften Weltmarktkonkurrenz ausgehende Leistungsdruck "nach unten" weitergegeben werde, hängt nach Ansicht von Christoph Butterwegge von der politischen Kultur eines Landes ab. Ein aggressiver Standortwettbewerb fördere die Gewaltbereitschaft und -akzeptanz vornehmlich dann, wenn die beteiligten Gesellschaften den Nationalismus als Integrationsideologie

³⁷ Ebd., S. 40ff.; Scherr: Stand der Debatte, S. 106.

³⁸ Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim, München 1987, S. 104f., 156f.; Ders.: Einig Vaterland - einig Rechtsextremismus? Sortierungsüberlegungen zu unübersichtlichen Rechtsextremismuspotentialen im vereinten Deutschland, in: Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1992, S. 67.

³⁹ Vgl. Hoffmann-Lange: Das rechte Einstellungspotential, S. 153f.; Ursula Birsl u.a.: Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewerkschaften. Lebensverhältnisse und politische Orientierungen von Auszubildenden, Opladen 1995, S. 64; Scherr: Stand der Debatte, S. 117.

⁴⁰ Winkler: Bausteine, S. 41f. Dazu auch Thomas A. Herz: Rechtradikalismus und die "Basiserzählung". Wandlungen in der politischen Kultur Deutschland, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 496ff. Herz versteht unter politischer Kultur ein System von Bedeutungen, innerhalb dessen Menschen handeln. Dieses System nennt er die "Basiserzählung" und untersucht darin jene Veränderungen, die eine Bezugnahme auf den Nationalsozialismus, die "Jugendlichkeit" und die Gewalt erst möglich gemacht hätten.

favorisierten.⁴¹ Für die Erklärung von Gewalt jugendkultureller Szenen wurde denn auch auf deren wechselseitige Beziehung zu anderen Systemen hingewiesen. Die Themensetzung erfolge nicht aus den Szenen heraus, sondern über die Politik und die Massenmedien.⁴²

So wird man für die Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen und die mit Hoyerswerda einsetzende Gewaltexplosion den Einfluss der mit Wahlkampfpolemik und Stammtischparolen geführten Asyldebatte nicht unterschätzen dürfen. Sie wurde begleitet von einem Mediendiskurs, der den wachsenden Wanderungsdruck propagandistisch zur "Invasion der Armen" oder zum "Sturm auf Europa" übersteigerte und damit, wenn auch ungewollt, zum Sturm auf Asylbewerberheime blies. Denn diese Diskussion fand in einer Gesellschaft statt, die von der Politik über die Problemfelder Migration, Integration und Minderheiten im Unklaren gelassen worden war. Ökonomische und soziale Ängste, Irritation und Frustration über die Abwesenheit von Politik in einer offiziell geleugneten Einwanderungssituation schlugen schließlich in Aggression und Gewalt gegen die "Eindringlinge" um.⁴³ Von der politischen Rat- und Konzeptionslosigkeit der etablierten Parteien profitierte der organisierte Rechtsextremismus, für den fremdenfeindliche und rassistische Orientierungen ein strategisch wichtiges Einfallstor sind. Seine Wahlerfolge verdankten sich wohl auch dem Umstand, dass er mit Überfremdungsphantasien die realen Ängste der Menschen aufgriff und im Schulterschluss mit der Medienberichterstattung das Zerrbild einer Einwanderungsgesellschaft entwarf, die von der regierungsamtlichen Politik dementiert wurde.

Als populäres Erklärungsmuster für die Wahl rechtsextremistischer Parteien findet die politische Kultur insofern Beachtung, als sie, schlagwortartig und wenig analytisch, durch eine allgemeine Politikverdrossenheit charakterisiert wird, die sich bei genauerem Hinsehen eher als Kommunikationsproblem darstellt. 1998 bezeichneten sich 57 Prozent der Befragten im Westen und 72 Prozent der Befragten im Osten als unzufrieden mit der Demokratie. Kritik an den verfassungsmäßigen Grundlagen und am Funktionieren der Demokratie äußerten 27 Prozent in den westlichen und 43 Prozent in den östlichen Bundesländern.⁴⁴

Dieser Befund spiegelt sich zumal bei Kommunal- und Landtagswahlen durch eine stetig wachsende Zahl der Nicht-Wähler wider. Eine Demokratie, an der nur noch 50 Prozent der Bevölkerung mehr oder weniger aktiv teilhaben, verspielt ihre wichtigsten Trümpfe und entzieht sich selbst die Legitimation, die heute zunehmend über "symbolische Politik" stattfindet. Deren Urheber sind Politiker-Medien-Symbiosen, in denen die Mediengesetze und das Darstellungsinteresse der Politik zu einem kaum noch unterscheidbaren Phänomen verwachsen. Indem Politiker das Geschehen mediengerecht und auf die Wahrnehmung hin kalkuliert inszenieren, unterlaufen sie die Urteilsfähigkeit der Bürger. Wenn aber Verpackung allmählich wichtiger wird als Inhalte, besteht die Gefahr, dass Politik im Bewusstsein der Adressaten zu einer substanzleeren Angelegenheit wird. Ist dieser Punkt erreicht, wird Demokratie aussichtslos.⁴⁵

Persönlichkeitskonzepte, Desintegrationstheorie, Deprivationsansatz und politische Kultur stehen bisher weitgehend unverbunden nebeneinander, obwohl jedes Modell Bausteine zu einer allgemeinen Theorie beinhaltet. Eine Synthese wäre möglich, wenn sich die jeweilige Forschungsrichtung von ihrem Erklärungsmonopol verabschiedet. So müsste den relativ früh sich herausbildenden Persönlichkeitsmerkmalen zugestanden werden, dass sie sich im

⁴¹ Butterwegge: Rechtsextremismus bei Jugendlichen, S. 763f.

⁴² Dazu Renate Möller/Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Einstellungen und Gewalt in jugendkulturellen Szenen, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 188; Hans-Bernd Brosius/Frank Esser: Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 215ff.; Kretschmer/Jäger: Von Irren, Chaoten und Fanatikern, S. 819f.

⁴³ Klaus J. Bade: Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland, Essen 1994, S. 71ff.

⁴⁴ Vgl. Stöss: Rechtsextremismus, S. 33.

⁴⁵ Berthold B. Flaig/Thomas Meyer/Jörg Ueltzhöffer: Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn 1993, S. 21f.

Laufe der politischen Sozialisation verändern können. Heitmeyers Ansatz wäre fruchtbar, wenn man Individualisierung in ihrer Ambivalenz und als mögliche Bedingung, nicht aber als die Ursache von Rechtsextremismus versteht. Die Deprivationstheorie müsste ihre ökonomistische Sichtweise aufgeben und könnte in einem allgemeineren Ungleichgewichtsmodell mit Deprivationstoleranzen gefasst werden, worunter die Fähigkeit einer Person zu verstehen ist, einen vorübergehenden oder dauerhaften Ungleichgewichtszustand zu ertragen.⁴⁶

Rechtsextremistische Einstellungs- und Verhaltensmuster wären dann auf ein Ursachenbündel zurückzuführen, in dem Ungleichgewichtszustände mit rechtsautoritären Persönlichkeitsmerkmalen und negativen Individualisierungserfahrungen verknüpft sind. Die politische Kultur stellt hierbei die atmosphärischen und diskursiven Bedingungen her, die einerseits auf die politische Sozialisation und die Herausbildung von Persönlichkeitsmerkmalen, andererseits auf die subjektive Verarbeitung von Deprivation und Individualisierungsprozessen einwirken.

2.3 Spezifische Bedingungen für Rechtsextremismus in Ostdeutschland?

Nach einer kurzen Vereinigungseuphorie in den Medien ist Ostdeutschland bis heute vorzugsweise für zwei Nachrichtenmuster gut gewesen: die soziale Misere sowie die Umtriebe und Gewaltakte junger Rechtsextremisten.⁴⁷ Diese selektive Berichterstattung hat nicht nur zu dem Kurzschluss eingeladen, dass eins zum anderen führe, sondern auch die westdeutsche Wahrnehmung ostdeutscher Lebenswirklichkeiten geprägt. Tatsächlich treten in den neuen Bundesländern beide Probleme wesentlich akzentuierter hervor. Im anhaltenden Deindustrialisierungsprozess sank zwischen 1989 und 1998 die Zahl der Erwerbstätigen von 9,7 auf 5,8 Millionen; über die Hälfte der Bevölkerung hat seit 1990 die individuelle Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht. Das von Richard Stöss 1998 konstatierte Ost-West-Gefälle im rechtsextremen Einstellungspotential beruht darauf, dass bei den ostdeutschen Bürgern fremdenfeindliche, wohlstandschauvinistische und autoritäre Orientierungen stärker verbreitet sind. Gleichsam über dem Bundesdurchschnitt lag zwischen 1992 und 1997 das militante rechtsextremistische Potential. Obwohl in Ostdeutschland nur etwa 18 Prozent der bundesrepublikanischen Bevölkerung lebten, wurden dort die Hälfte aller rechtsextremen Gewalttaten verübt.⁴⁸

Erklärungen hierfür haben zu Recht darauf hingewiesen, dass rechtsextreme Einstellungsmuster und Gewalt nicht nur eine Folge des Systemwechsels, sondern auch "hausgemacht" sind. Allerdings folgten wissenschaftliche bisweilen populären Erklärungen etwa von der Art, dass ein autoritärer Staat mit einer entsprechenden Erziehungskultur auch autoritäre Charaktere produziere. Mit diesem einfachen und in der wissenschaftlichen Diskussion nicht konsensfähigen Muster hat jüngst der Kriminologe Christian Pfeiffer die erhöhte Gewaltbereitschaft ostdeutscher Jugendlicher begründet. Nicht nur die staatliche Erziehung in den Kinderkrippen, sondern auch der familiäre Erziehungsstil sei durch eine autoritäre Grundstruktur geprägt und in der DDR viel stärker an der Verwirklichung von preußischen Disziplin-, Ordnungs- und Sauberkeitszielen orientiert gewesen als in der Bundesrepublik. Etwa ein Viertel bis ein Drittel der Jugendlichen habe überdies zu wenig an elterlicher Zuwendung erfahren, weil in einem Viertel bis in einem Drittel der Kinderkrippen die Gruppen und die Anzahl der Bezugspersonen viel zu groß und die Aufenthaltsdauer mit mehr als neun Stunden zu lang gewesen sei.⁴⁹

⁴⁶ Winkler: Bausteine, S. 45.

⁴⁷ Klaus Hartung: Rechte Mitbürger, in: Kursbuch, 1998, Heft 134: Auftritt von Rechts, hrsg. v. Karl Markus Michel/Ingrid Karsunke/Tilman Spengler, S. 3.

⁴⁸ Stöss: Rechtsextremismus, S. 137f.

⁴⁹ Wie allmächtig ist Erziehung? Ein Streitgespräch zwischen der GEW-Vorsitzenden Eva-Maria Stange und dem Kriminologen Christian Pfeiffer, in: Erziehung und Wissenschaft, 1999, Heft 10, S. 6ff.

Den Zusammenhang zwischen dem staatlichen Erziehungssystem und der Sozialisierung von autoritär disponierten Personen im östlichen Deutschland hatte in der auf Hoyerswerda folgenden Diskussion schon der Hallenser Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz vorgetragen. Nach seiner Erfahrung waren die Verhältnisse in den Krippen keineswegs lebendigen menschlichen Beziehungen förderlich - mit Spaß, Offenheit und streitbarer Auseinandersetzung. Stattdessen hätten sie Ängstlichkeit, Unsicherheit, Zurückhaltung und letztlich eine für die ostdeutschen Bürger typische Gehemmtheit gefördert.⁵⁰

Die von Pfeiffer behaupteten Kausalitäten sind methodisch wie empirisch problematisch und in dieser Form nicht haltbar. Gegen seine These spricht erstens die Studie von Horst-Eberhard Richter, der 1995 1.000 ostdeutsche Familien befragt und die Ergebnisse mit den Antworten von 2.000 westdeutschen Familien verglichen hat. Dieser Untersuchung zufolge werden ostdeutsche Eltern als warmherziger und toleranter beschrieben. Sie hätten die Kinder näher an sich herangelassen, sie weniger bestraft, weniger geschlagen, weniger beschämt und mehr unterstützt. Richter zieht daraus die vorsichtige Bilanz, dass sich in der ostdeutschen Familie eine private Gegenkultur entwickelt habe, die den Kindern positive emotionale Erfahrungen vermittelte und die sich trotz reglementierender staatlicher Eingriffe als Stütze für die Kinder besser bewährt zu haben scheine, als gemeinhin unterstellt werde.⁵¹

Zum zweiten kann die Genese autoritärer Charakterstrukturen in Ostdeutschland nicht ohne weiteres auf die Sozialisation in einem autoritären Staat zurückgeführt werden. So konnten neuere Studien zwar einen Zusammenhang von rechtsextremen Orientierungen und autoritären Dispositionen nachweisen. Deren Herleitung aus gesellschaftlichen Verhältnissen gelang jedoch nicht überzeugend. Vielmehr zeigt sich im Ost-West-Vergleich, dass unter sehr verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen eine in etwa gleich große Zahl autoritär disponierter Persönlichkeiten sozialisiert worden ist, die nunmehr unter ähnlichen gesellschaftlichen Bedingungen mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Überzeugungen sympathisieren.⁵²

Den dritten und wohl wichtigsten Einwand gegen Pfeiffers Argumentation hat unter anderen die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange mit dem Hinweis formuliert, ein kausaler Zusammenhang zwischen Erziehungssystem und rechtsextremer Gewalt sei weder durch quantitative noch durch biografische Studien belegt. Überdies haben Roland Eckert, Helmut Willems und Stefanie Würtz verschiedene Erklärungsansätze fremdenfeindlicher Gewalt empirisch untersucht und kommen zu dem Ergebnis, dass die gewalttätigen Exzesse zu Beginn der 90er Jahre mit einem singulären Ereignis in Beziehung stünden, nämlich der Überforderung der Kommunen durch zwei sich überlappende Einwanderungsschübe (Aussiedler und Asylbewerber). Die unverarbeiteten Einwanderungsbewegungen hätten zu Konflikten geführt, die in einer zweiten Phase die Konstituierung einer fremdenfeindlichen Bewegung möglich gemacht hätten. Xenophobie und die daraus resultierende Gewalt erscheint so als "parochiale Abwehrreaktion" gegenüber kosmopolitischen 'Zumutungen'. Sie kumuliert bei Bevölkerungsgruppen, die sich von einer verstärkten Zuwanderung wirtschaftlich wie kulturell bedroht fühlen: wirtschaftlich, weil sie mit den Einwanderern um Arbeitsplätze, Wohnungen und potentiell auch um Sozialhilfe konkurrieren, kulturell, weil sie in ihrer Lebensform in viel stärkerem Maße als der kosmopolitisch orientierte Bürger auf kulturelle Gemeinsamkeiten und auf die "mechanische Solidarität" ihrer Nachbarn angewiesen sind. Die staatliche Fürsorge für die neuen Migrationsgruppen wurde von einem Großteil der Bevölkerung als "ungerechte Bevorzugung" empfunden, was weniger als Wohlstandschauvinismus denn als relative Deprivation interpretiert werden kann.⁵³

⁵⁰ Siehe dazu Jürgen Elsässer: Der tendenzielle Fall der Orgasmusrate. Zur Massenpsychologie des Faschismus in den neuen Bundesländern, in: Kursbuch, 1998, Heft 134: Auftritt von Rechts, S. 53f.

⁵¹ Elsässer: Orgasmusrate, S. 56.

⁵² Scherr: Stand der Debatte, S. 109.

⁵³ Eckert/Willems/Würtz: Erklärungsmuster, S. 163ff.

In diese Argumentation lässt sich Bernd Wagners Verweis auf die historische Dimension von Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland einfügen. Die DDR war ein nationalistischer und ethnozentristischer Staat, der trotz internationalistischer Lippenbekenntnisse den Interessen und dem Wohlbefinden seiner Bürger absoluten Vorrang einräumte. Dies spiegelte sich in einer Ausländerpolitik wider, die im Konsens mit der Bevölkerungsmehrheit dafür gesorgt hat, Ausländer von der DDR möglichst fernzuhalten. Vertragsarbeiter aus Vietnam, Afrika oder Kuba wurden ghettoisiert, um Kontakte zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Fremden weitgehend zu vermeiden. Trotz der geringen Zahl ausländischer Arbeiter waren schon in den 80er Jahren xenophobe Reaktionen zu beobachten, die von kulturellen Stereotypen bis hin zu einzelnen Gewaltakten gegen Ausländer reichten. Bereits 1984 hatte in Waldleben eine alkoholisierte Menge versucht, das Ausländerwohnheim zu stürmen, in dem afrikanische Vertragsarbeiter lebten. Die Ermordung des Afrikaners Amadeu Antonio in Eberswalde 1990 markiert deshalb für Wagner nicht den Beginn, sondern den Höhepunkt einer weit in die DDR-Zeit zurückreichenden fremdenfeindlichen Gewalt.⁵⁴

Sie ist eingebettet in eine rechtsextreme Szene, die sich infolge eines Transformationsprozesses von Jugendsubkulturen in den 80er Jahren herausbildete. Diese Subkulturen (Grufties, Heavy Metals, Punks und Skinheads) schwappten Ende der 70er Jahre auf die DDR über und waren Ausdruck eines Loyalitätsverfalls und einer zunehmend aggressiveren Opposition gegenüber dem sozialistischen System. Die rechtsextremistischen Parolen waren einerseits ein gezielter Tabubruch mit der antifaschistischen Staatsdoktrin und Erziehung, keine Identifikation mit dem Nationalsozialismus, sondern mit dem Feind des Feindes. Möglicherweise stellten sie zugleich eine Reaktion auf die "weißen Flecken" in den Biographien der Eltern und somit den Versuch dar, durch Provokation das Schweigen dieser Generation über ihre Rolle im Nationalsozialismus zu brechen. Andererseits hat der verordnete Antifaschismus mit seinen Geschichtsmythen und Propagandaformeln dazu geführt, dass bei Teilen der Jugend ein wachsendes Interesse am Nationalsozialismus mit dessen Verharmlosung einherging, während die in ihrem antifaschistischen Selbstverständnis befangene Regierung rechtsextreme Tendenzen in der Jugend als "Rowdytum" oder "pubertären Geltungsdrang" missverstand.⁵⁵

Der von Bernd Wagner skizzierte Transformationsprozess der Jugendkulturen war durch eine wachsende Anhängerschaft gewalttätig auftretender Gruppen, durch Veränderungen der Gruppenzusammensetzungen, der Organisations- und Gewaltformen (Messer, Baseballschläger) sowie durch eine zunehmende Ideologisierung gekennzeichnet. Die Skinheadszene, deren ritualisierte Gewalt sich zunehmend gegen klar konturierte Feindbilder richtete (Ausländer, Homosexuelle, Punks, Grufties), differenzierte sich in Oi!-Skins und Faschos, die aus und neben der Skinhead-Kultur entstanden und sich in Sozial- und Altersstruktur, in Kommunikationsinhalten und sozialen Beziehungen der Szenemitglieder unterschieden. Mit der deutschen Einheit begann sich der Rechtsextremismus von der jugendkulturellen Protestbewegung abzulösen. Es entstanden "neonazistische Konglomerate", die fortan in die Jugendkultur hineinwirkten, um sie zu funktionalisieren. Seit 1991 verbreiteten sich rechtsextreme und Gewaltorientierungen in den "normalen" Jugendszenen der Städte und Gemeinden. "Rechts sein" ist laut Wagner eine, mancherorts die zeitgeistige Tendenz von Jugendlichen.⁵⁶

Stellt sich für Wagner der Rechtsextremismus in den neuen Ländern zuerst als Produkt der DDR-Gesellschaft dar, so wird man doch die wirtschaftlichen und psychologischen Folgen

⁵⁴ Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, in: Bulletin-Sonderausgabe, Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Berlin 1998, S. 6f.; Sighard Neckel: Die rechte Ecke. Ein Jugendclub im östlichen Brandenburg, in: Kursbuch 1998, Heft 134, S. 22.

⁵⁵ Siehe dazu Wagner: Subversion, Bulletin-Sonderausgabe, S. 16ff.; Stöss: Rechtsextremismus, S. 64; Wilfried Schubarth/ Ronald Pschierer/ Thomas Schmidt: Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR, in: Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1992, S. 37f., 40ff.

⁵⁶ Wagner: Subversion, Bulletin-Sonderausgabe, S.22ff., 29, 39.

des Systemwechsels in die Betrachtung miteinschließen müssen. Die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus und des Wahlverhaltens ostdeutscher Bürger sind ebenso wie die Eskalation rassistischer Gewalt ein Indiz für den Einfluss situativer Faktoren. Denn von vielen DDR-Bürgern wurde der Mauerfall nicht nur als ein Zuwachs an Freiheit, sondern auch als Verlust von Werten und Sicherheit, als Entwertung von Qualifikation und Lebensleistung, mithin als Identitäts- und Orientierungskrise erfahren. Dies dürfte im Zusammenspiel mit dem Niedergang der DDR-Wirtschaft, mit Massenarbeitslosigkeit und enttäuschten Hoffnungen auf eine rasche Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen dazu geführt haben, dass sich auf der Suche nach Stabilität, Ordnung und Sündenböcken autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen verstärkt.⁵⁷

Dass in Ostdeutschland vielerorts eine "kulturelle Hegemonie" rechter Jugendlicher bestehe, verdankt sich nach Wagners Ansicht einer fehlenden demokratischen Gegenwehr, was teils teils auf die Hilflosigkeit von Bevölkerung und Gemeindepolitikern sowie auf deren Akzeptanz rechtsextremer Orientierungen zurückzuführen sei. Oftmals werde das Problem aus Imagegründen von der Kommune geleugnet.⁵⁸ Ähnlich argumentiert Claus Leggewie, wenngleich er die behauptete "kulturelle Hegemonie" rechter Kräfte als antifaschistische Dramatisierung kritisiert. Dass rechtsextremistische Jugendliche vor allem in Kleinstädten und Gemeinden Ostdeutschlands anhaltenden Terror ausüben können, führt er auf eine fehlende soziale Kontrolle und das Versagen des staatlichen Gewaltmonopols zurück. Nachbarn und Passanten schauten weg, die Polizei habe das öffentliche Terrain rechtsextremen Gruppen überlassen und weder Hetzjagden auf Ausländer noch den täglichen Kleinkrieg im Umkreis von Diskotheken und Jugendtreffs verhindern können. In diesem Klima der Angst über Jahre hinweg sei ein zivilgesellschaftliches Vakuum entstanden. Mag auch die Diagnose Leggewies in der Tendenz nicht falsch sein, die von ihm verordnete Therapie - polizeiliche Präsenz und staatliche Repression - scheint ein kaum taugliches Instrument im Kampf gegen einen eher soziokulturell verankerten Rechtsextremismus. Sie fügt sich indes in seine wissenschaftlich wenig überzeugende und empirisch widerlegte These, dass die fremdenfeindlichen Gewalttäter Kinder der antiautoritären Revolte der 68er Generation seien.⁵⁹

2.4 Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern virulent sind, ist weder neu noch besonders überraschend. Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. Warum sollten ausgerechnet Gewerkschaftsmitglieder gegen einen Mediendiskurs immun sein, der Ausländer vor allem als "Problem" wahrgenommen und dadurch vorhandene Ängste geschürt oder neue geweckt hat? Warum sollten sie Vertrauen haben in eine Ausländerpolitik, die sich mit ihrem Dementi "Deutschland ist kein Einwanderungsland" so offensichtlich im Widerspruch zu ihrer Alltagserfahrung befand? Warum sollten sie anders denken als jene Politiker der großen Volksparteien, die mit der Änderung des Asylrechts ein Signal gegen einen toleranten Umgang mit den sogenannten Wirtschaftsflüchtlings gesetzt haben.⁶⁰ Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur.

⁵⁷ Stöss: Rechtsextremismus, S. 155f.

⁵⁸ Ebd., S. 147.

⁵⁹ Claus Leggewie: Falsche Liberalität, in: Erziehung und Wissenschaft, 1999, Heft 10, S. 2; Eckert/Willems/Würtz: Erklärungsmuster, S. 152ff.

⁶⁰ Vgl. Herz: Basiserzählung, S. 497.

Erklärungsbedürftig bleibt das vergleichsweise große rechtsextreme Wählerpotential unter Gewerkschaftsmitgliedern. Möglicherweise spielen die Gründe für den Beitritt zu einer Gewerkschaft und die, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterschiedliche Struktur der Mitgliedschaft eine Rolle. Das Autorenkollektiv Held/Horn/Marvakis stellt hierzu eine Verbindung zwischen rechtsextremen Orientierungen und Modernisierungsprozess her, der in der Lebens- und Arbeitswelt zu Entsolidarisierung, drastischer Verschärfung des Konkurrenzkampfes und Nützlichkeitsdenken geführt habe. Für diese Entwicklung werden die Gewerkschaften mitverantwortlich gemacht, weil sie in der ihnen aufgezwungenen Standortdebatte einer betrieblichen Konkurrenzlogik das Wort geredet und ihre Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit auch auf Nützlichkeitsargumente gestützt hätten. In Krisenzeiten aber lege die Konkurrenzlogik die Ausgrenzung derjenigen nahe, die ohnehin benachteiligt oder nicht mehr nützlich sind. In der Konkurrenz und der Verabsolutierung des Leistungsprinzips sehen die Autoren denn auch das entscheidende Movens für Ausgrenzungsprozesse, die den befragten Auszubildenden als selbstverständlich gelten und mit dem Leistungsprinzip sowie der zu erhaltenden Konkurrenzfähigkeit ihres Betriebes gerechtfertigt würden. In genauer Kenntnis der betrieblichen Hierarchien knüpften die Jugendlichen dabei an latente, bereits bestehende Ausgrenzungsverhältnisse an, von denen vor allem Arbeitsmigranten, Asylbewerber und Aussiedler, letztlich aber alle "Leistungsunfähigen" betroffen seien.⁶¹

Im Unterschied zu Heitmeyer werden die Folgen des sozialen Wandels nicht als Individualisierung, sondern als Segmentierungsprozess gefasst, der auf einer Spaltung der Gesellschaft in Zentrum und Peripherie beruhe. Die soziale Ausdifferenzierung in deutlich unterscheidbare Segmente und die damit verbundenen Ausgrenzungen stellten eine notwendige gesellschaftliche Bedingung für die Entstehung rechter Orientierungen dar. Bei den befragten Auszubildenden haben sich laut Horn die Segmentierungen zwischen west- und ostdeutschen, weiblichen und männlichen, ausländischen und deutschen sowie sozial benachteiligten und "privilegierten" Jugendlichen als bedeutsam für deren politische Einstellungen erwiesen. Entlang dieser vorgegebenen Segmentierungslinien operierten die Jugendlichen mit Praktiken der Ab- und Ausgrenzung. Sie griffen dabei auf die gesellschaftlichen Orientierungsangebote zurück, die im politischen und massenmedialen Diskurs vorgefunden würden. So verweist die verwendete Typologie der abgefragten Nationalismen auf gesellschaftlich verbreitete Positionen. Eine vergleichende Erhebung unter Erwachsenen wäre deshalb vermutlich kaum anders ausgefallen.⁶²

Die Schwächen dieses insgesamt innovativen Erklärungsmodells liegen in einem theoretisch eher diffusen und abstrakten Modell sozialer Segmentierung. Wie Segmentierungsprozesse, gesellschaftliche Ausgrenzungsangebote und subjektive politische Orientierung aufeinander bezogen sind, bleibt letztlich unklar. Eine Erklärung für die besondere Anfälligkeit von Gewerkschaftsmitgliedern gelingt nur unter der Annahme, dass junge Gewerkschafter unter größerem Konkurrenzdruck stehen als nicht organisierte Jugendliche. Dies ist nicht unbedingt plausibel. Auch scheint es eher problematisch, die These vom "Aufstand der Modernisierungsoffer" quasi auf den Kopf zu stellen, indem die untersuchten Jugendlichen flugs zu Gewinnern der gesellschaftlichen Modernisierung erklärt werden.⁶³

Einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma bietet das von Claus Offe skizzierte Segmentierungsmodell, das zwischen Gewinnern, Verlierern und faktisch Disqualifizierten unterscheidet. Solange man nur Verlierer ist - in institutionalisierten Verteilungskämpfen, in

⁶¹ Horn: No time for losers, S. 489ff.; Reinhard Hahn/Hans-Werner Horn: Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, Sonderdruck IDEEN, hrsg. von der IG Metall, Bonn 1996, S. 41ff.

⁶² Rudolf Leiprecht/Josef Held/Athanasios Marvakis/Hans-Werner Horn: "Jugendliche und Rechtsextremismus". Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, hrsg. v. der Hans-Böckler-Stiftung, Bochum 1992, S. 78f.; Horn: No time for losers, S. 484f.; zur Kritik am Segmentierungsansatz vgl. Scherr: Stand der Debatte, S. 114ff.

⁶³ Leiprecht/Held/Marvakis/Horn: Jugendliche und Rechtsextremismus, S. 79.

formalen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, auf Märkten und in Wahlen -, habe man eigentlich schon gewonnen. Marginalisiert und ausgegrenzt seien diejenigen, die nicht über die Voraussetzungen sozialer Teilhabe verfügten: Nicht-Versicherte, Schulabbrecher, Ausländer ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Kriminelle, physisch und psychisch Behinderte, chronisch Leistungsgeminderte, Drogenabhängige, etc. Dieses Modell impliziert zwei Demarkationslinien. An der oberen finden laut Offe Verteilungskämpfe statt, deren Verschärfung zu einer Befestigung der Barriere gegen die Ausgeschlossenen führe. An der unteren tobten Kämpfe um Anerkennung und Inklusion. Hier häuften sich die "barbarischen" Ausgrenzungspraktiken von Gruppen, die von der panikartigen Ungewissheit umgetrieben werden, ob sie noch zu den Verlierern, oder schon zu den Parias gehören.⁶⁴ Wenn rechtsextreme Orientierungen am besten im Segment der "Modernisierungsverlierer" gedeihen würden und Gewerkschaftsmitglieder hier überproportional vertreten wären, hätte man einen möglichen Hinweis auf die Frage gefunden, warum das rechtsextreme Wählerpotential unter gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen größer ist als unter den Jugendlichen insgesamt.

Obwohl Horn den verschärften Konkurrenzbedingungen einen bedeutenden Erklärungswert beimisst, wird überraschenderweise die tatsächliche Konkurrenz zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern geleugnet. Dagegen wurde von anderer Seite auf die besonderen Problemlagen von männlichen Jugendlichen aufmerksam gemacht. Diese seien sowohl im Betrieb als auch in der Freizeit durch Konkurrenzsituationen mit Migranten geprägt. So könnten etwa gemischtgeschlechtliche Freund- und Partnerschaften Konkurrenzerfahrungen heraufbeschwören, weil ausländische Jungen zwar auf deutsche Mädchen hin orientiert seien, umgekehrt aber die traditionellen, teils islamisch geprägten weiblichen Rollenbilder verhinderten, dass deutsche Jungen mit ausländischen Mädchen in Kontakt kämen.⁶⁵

Zunächst einmal scheint es plausibel, dass sich eine Konkurrenz um Arbeitsplätze in dem Maße einstellt, wie die weitgehend assimilierten und gut qualifizierten Migranten der dritten Generation die bisher den deutschen vorbehaltenen Positionen einfordern. Dies zeigt an, dass die traditionelle Rolle der Arbeitsmigranten aufgebrochen ist. Während sich die Bundesrepublik weiterhin als eine ethnisch homogene Gesellschaft versteht, ist die Arbeitswelt längst durch die Konflikte einer multiethnischen Gesellschaft geprägt. Diese gewinnen durch den sozialen Polarisierungsprozess an Schärfe und Brisanz, weil das bisher akzeptierte Legitimationsmuster für soziale Ungleichheit - Qualifikation, Leistung und berufliche Position bei formaler Gleichheit - unter Druck gerät. Der eigentliche Konfliktherd besteht in einem Wechsel des Legitimationsprinzips, indem sich deutsche Arbeitnehmer auf angeborene Eigenschaften zurückziehen und damit die traditionellen Regeln innerbetrieblicher Konkurrenz außer Kraft setzen. Rassismus und Ausgrenzung auf der einen, fundamentalistischer Rückzug auf der anderen Seite aber sind die Endpunkte einer misslungenen sozialen Integration.⁶⁶

Betriebliche Fallstudien, wie sie beispielsweise bei der Frankfurter Abfallwirtschaft durchgeführt wurden, lassen zudem erkennen, dass die Orientierungen deutscher Arbeitnehmer gegenüber ihren ausländischen Kollegen mit den Begriffen rechtsextremistisch, fremdenfeindlich oder rassistisch nur unzureichend beschreibbar sind. Nicht die ethnische oder kulturelle Differenz, sondern der betriebliche Kontext ethnisch gekreuzter Arbeitsbeziehungen, in denen sich die ausländischen Arbeitnehmer auf der unteren Hierarchieebene befanden, löste bei den Müllarbeitern die "Bereitschaft zur

⁶⁴ Claus Offe: Moderne "Barbarei": Der Naturzustand im Kleinformat, in: Max Miller; Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M 1996, S. 274, 282.

⁶⁵ Kurt Möller: Geschlechtsspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frauenforschung, 1991, Heft 3, hrsg. v. Institut für Frau und Gesellschaft, S. 38.

⁶⁶ Siehe dazu Jaschke: Etnisierungsprozesse in der Arbeitswelt und ihre politischen und sozialen Folgen, in: PVS, Sonderheft Rechtsextremismus, S. 233ff..

ethnischen Diskriminierung“ aus. In diese Orientierungsmuster sind gesellschaftliche Einflüsse eingelagert. Der anhaltende Prozess sozialer Polarisierung und die ungeklärte Zuwanderung leisteten der Selektionsbereitschaft der deutschen Arbeitnehmer Vorschub und untermauerten ein ethnozentristisches, wohlstandchauvinistisches Selbstverständnis.⁶⁷

Die Studien von Held/Horn/Marvakis belegen, dass nationalistische, fremdenfeindliche und rassistische Orientierungen unter Gewerkschaftsmitgliedern lange vor der infratest/dimap-Studie ein bekanntes, zumindest innergewerkschaftlich diskutiertes Problem waren. Solange sich diese Einstellungen nicht in entsprechenden politischen Bekenntnissen äußerten und nur in bierseliger Runde oder Bildungsveranstaltungen manifest wurden, konnte man der wachsenden Fremdenfeindlichkeit mit Programmbeschlüssen, öffentlichen Appellen und symbolischen Aktionen begegnen. Der Rest war Aufgabe einer zur Aufklärung verpflichteten Bildungsarbeit, die sich sporadisch mit der “Ausländerlüge” rechtsradikaler Parteien auseinander setzte.

Die Gewerkschaften werden sich nun fragen müssen, ob sie nicht die Konfliktpotentiale einer multiethnischen Gesellschaft ebenso unterschätzt haben wie die aushöhlende Wirkung von Modernisierungsprozessen auf Solidarstrukturen und die kollektive Identität ihrer Mitglieder. Im übrigen sind sie dieser Entwicklung durch den Wandel von traditionellen Wertegemeinschaften zu modernen Dienstleistungsorganisationen gefolgt. Dadurch mag es gelungen sein, die Gewerkschaften als starke Solidargemeinschaften zu erhalten. Die Umstellung der Mitgliedermotivationen von Gemeinschaftsgefühlen auf Nutzenkalküle erweist sich für die Ausprägung der Sozialbeziehungen in Betrieb und Gesellschaft zunehmend als zweischneidiges Schwert.⁶⁸ Denn dieselben Nutzenkalküle, die zum Eintritt in die Gewerkschaft bewegen und unter stabilen gesellschaftlichen Bedingungen ein funktional-kollegiales Verhalten nahe legen, können in Krisenzeiten zur Diskriminierung und Ausgrenzung ausländischer Arbeitnehmer führen und dabei, um mit Zygmunt Bauman zu sprechen, ihre hässliche Kehrseite präsentieren.

3. Handlungsfelder

Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurde, können rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensweisen nicht auf eine eindeutige Ursache zurückgeführt werden. Dennoch sind in Hinblick auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Handlungsperspektiven folgende Erklärungsansätze und deren Zusammenwirken grundlegend: Als Auswirkungen des Modernisierungsprozesses sind Individualisierung (Desintegration und Auflösung traditioneller Werte- und Normenrahmen), Instrumentalisierung der Arbeitsorientierung (Entsolidarisierung, Kosten-Nutzen-Kalkül), eine mit sozialen Ausgrenzungen verbundene Segmentierung, Verabsolutierung des Leistungsprinzips und Angst vor Statusverlust (Wohlstandschauvinismus) zu nennen. Ebenso sind die politische Kultur, in der Medien und Politiker zu einem fremdenfeindlichen Klima beitragen, sowie eine mangelnde politische Gestaltung der multiethnischen Gesellschaft als Ursachen für rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensweisen zu sehen.

Die verschiedenen Erscheinungsformen und Ursachen von Rechtsextremismus verlangen nach differenzierten und flexiblen Antworten der Gewerkschaften. Gegen rechtsextreme Einstellungen wird man anders vorgehen müssen als gegen den politischen Rechtsextremismus oder die Wahl einer rechtsextremen Partei. Erforderlich ist ein Bündel von Maßnahmen, das sich an den gewerkschaftlichen Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten respektive Grenzen sowie an der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen orientiert. Handlungsfelder, in denen Gewerkschaften unmittelbar

⁶⁷ Jaschke: Ethnisierungsprozesse, S. 240f.

⁶⁸ Wilhelm Heitmeyer: Eine gewerkschaftliche Politik gegen Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1992, Heft 10, S. 630.

und mittelbar gestaltend Einfluss nehmen können, sind Betrieb, gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Schule/Berufsschule, Medien/Öffentlichkeit und Politik. Für ein erfolgreiches gewerkschaftliches Handeln gegen Rechtsextremismus ist es allerdings Voraussetzung, dass Gewerkschaften die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Denken und Handeln als eine strategische Zukunftsaufgabe begreifen, die auf allen Organisationsebenen in Angriff genommen werden muss. Zu diesem Zweck entwickeln Gewerkschaften und DGB umfassende Handlungsperspektiven, die sich an den nachstehenden Grundsätzen orientieren soll.

Um dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen, wirken die Gewerkschaften bei der Herstellung eines gesellschaftlichen Klimas mit, in dem sich Demokratie und Toleranz besser entfalten können. Das bedeutet, dass das Konkurrenz- und Leistungsprinzip mit den demokratischen Grundwerten Gleichheit, Toleranz, Solidarität und Selbstbestimmung in Einklang stehen muss. Wirtschafts- und sozialpolitische Modelle, die den Wohlstand der Mehrheit auf Kosten einer marginalisierten Minderheit sichern, lehnen die Gewerkschaften ab. Stattdessen stellen sie der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung und der Ausgrenzung von "Leistungsunfähigen" ein neues Solidaritätsmodell entgegen, das alle einschließt.

Die Gewerkschaften setzen sich verstärkt für die Novellierung des gesamten Arbeitserlaubnisrechtes ein. Sie fordern das grundsätzliche Recht auf Arbeit für alle, die sich legal in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, als entscheidendes Element einer fairen Gesellschaft.

Die Sensibilisierung der Bevölkerung für die verschiedenen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus folgt der Erkenntnis, dass seine Verankerung und Ausbreitung in der politischen Mitte die eigentliche Gefahr für die Demokratie darstellt. Diesen Tendenzen setzen die Gewerkschaften ein Demokratieverständnis entgegen, dass sich nicht in Wahlen erschöpft und auf der politischen Teilhabe aller beruht.

Gewerkschaften bekennen sich offen zur polyethnischen und multikulturellen Gesellschaft - mit all ihren Vorzügen, Widersprüchen und Konfliktpotentialen. Sie stellen sich diesen Konflikten und bieten in den verschiedenen Handlungsfeldern Lösungsmöglichkeiten an. Strukturelle Diskriminierungen von ausländischen Arbeitnehmern in Betrieb und Gesellschaft werden nicht hingenommen, zumal sie unter verschärften Konkurrenzbedingungen Anknüpfungspunkte für soziale Ausgrenzungsprozesse sind.

Als Legitimationsgrundlage für eine multiethnische Gesellschaft sind Nützlichkeitsargumente gefährlich und im Kern sozialdarwinistisch, weil sie im Umkehrschluss all jene ausgrenzen, die keinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten. Nicht zuletzt durch Nützlichkeitsargumente wurden die in Deutschland lebenden Minderheiten in ausländische Arbeitnehmer auf der einen und "Scheinasylanten" oder "Wirtschaftsflüchtlinge" auf der anderen Seite aufgespalten.

3.1 Betrieb

Offene Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen ethnische Minderheiten haben in der Arbeitswelt Seltenheitswert. Gleichwohl sind die betrieblichen Arbeitsbeziehungen und Hierarchien seit langem durch strukturelle Diskriminierung von ausländischen Arbeitnehmern/innen geprägt. Trotz rechtlicher Regelungen werden Migranten und ethnische Minderheiten benachteiligt. Sie finden bei der Aufstiegsförderung weniger Berücksichtigung und sind dementsprechend in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Die Aufspaltung in Rand- und Kernbelegschaften verläuft zum Teil entlang von Nationalitätenzugehörigkeiten. An diese betriebliche "Normalität" knüpfen Arbeitnehmer ihre Ausgrenzungsstrategien, wobei das Leistungskriterium bisher als Begründungsmuster für die Ausschlusspraxen gegenüber den insgesamt schlechter qualifizierten Migranten und

ethnischen Minderheiten diene. Vereinfacht ausgedrückt: Ausgegrenzt werden diejenigen, die in Betrieb und Gesellschaft bereits tendenziell ausgegrenzt sind. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass die über Jahrzehnte eingespielten Muster "legitimer" sozialer Ungleichheit zwischen deutschen und ausländischen Beschäftigten brüchig geworden sind. Auf die Forderung der einen nach qualifizierten Arbeitsplätzen und gleichberechtigter Behandlung antworten die anderen mit der Bereitschaft, nach Kriterien der Hautfarbe und Herkunftskultur zu selektieren.⁶⁹

Eine gewerkschaftliche Perspektive im Handlungsfeld Betrieb sollte mithin aus drei Elementen bestehen. Sie muss kurzfristig verhindern, dass fremdenfeindliche und rassistische Verhaltensweisen in die Normalität des Betriebsalltags einziehen. Sie muss mittelfristig den rechtsextremen Orientierungen insbesondere der jungen Arbeitnehmer durch positive Maßnahmen entgegenwirken. Und die muss langfristig durch eine konsequente Gleichstellungspolitik Segmentierungslinien aufweichen, indem sie die Chancen ausländischer Arbeitnehmern beim Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung sowie die Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen verbessert.

Zur Umsetzung dieser Ziele verfügen Betriebs- und Personalräte über umfassende rechtliche und politische Handlungsmöglichkeiten. Das Betriebsverfassungs- und die Personalvertretungsgesetze, das allgemeine Arbeitsrecht sowie das Zivil- und Strafrecht bieten Möglichkeiten, rechtsextreme Verhaltensweisen im Betrieb zu ahnden. Die Sanktionen reichen von der Abmahnung und Kündigung über Schadenersatz und Unterlassungsklagen bis hin zu strafbewehrten Tatbeständen wie Beleidigung oder Volksverhetzung. Im Interesse der Opfer wird man auf den repressiven Umgang mit fremdenfeindlichen und rassistischen Verhaltensweisen am Arbeitsplatz nicht verzichten können. Er macht auch Sinn, weil sich die Akteure vielfach auf seiten der Mehrheit wähnen, die durch eine konsequente Umsetzung der rechtlichen Regelungen ihren Standpunkt klar machen kann.

Die Androhung von Repressalien birgt gleichwohl die Gefahr, dass sie durch Ausgrenzung rechtsextremer Positionen zu deren Verfestigung beiträgt. Im Vorfeld sollten deshalb die Betriebs- und Personalräte sowie die Jugend- und Auszubildendenvertretungen ihren Einfluss geltend machen, um gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu wirken. Die Vertrauensleute können ihren Zugang zu den organisierten Arbeitnehmern nutzen, um bei fremdenfeindlichem Verhalten einzugreifen. Zugleich müssen sie den Opfern als Anlaufstelle dienen.

Gegenwärtig können strukturelle Benachteiligungen von Migranten und ethnischen Minderheiten, z.B. bei Einstellungsverfahren, betrieblichen Weiterbildungsangeboten oder bei der Aufstiegsförderung, nicht über Rechtsinstrumente, sondern nur über einen Aushandlungsprozess beseitigt werden. Um so mehr bedarf es der Einbindung der Arbeitgeber, die mit der "Florenzer Erklärung" von 1995 ihre prinzipielle Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert haben. Diese gemeinsame Erklärung der europäischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verurteilt Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Bedrohung für die europäischen Gesellschaften und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Um Rassendiskriminierung zu bekämpfen und die Chancengleichheit im Arbeitsleben zu verbessern, haben die Sozialpartner ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, die neben Informationsangeboten und gezielten Aktionen auch eine Überprüfung der betrieblichen Praxis beinhalten.

Dieser Konsens auf der Makroebene muss nunmehr auf die Mikroebene übersetzt werden. Nur wenn Unternehmensleitung und Betriebsrat an einem Strang ziehen, lässt sich eine effiziente, weil gemeinsam getragene Strategie entwickeln. Sie sollte alle Entscheidungs-

⁶⁹ Thomas von Freyberg: Blinde Flecken gewerkschaftlicher Politik gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, in Gewerkschaftliche Monatshefte, 1995, Heft 8, S.479f.

und Arbeitsbereiche miteinbeziehen und durch Betriebsvereinbarungen in eine verbindliche Form gegossen werden. Solche Vereinbarungen existieren bereits in einigen Unternehmen, darunter VW, RAG, Ford, Thyssen und TWB-Preßwerk. Sie beinhalten abgestufte arbeitsrechtliche Sanktionsmaßnahmen zur Ahndung rassistischer Verhaltensweisen, den Ausbau von Beschwerdestellen für Diskriminierungsopfer, Maßnahmen zur Förderung ausländischer Beschäftigter sowie sozialpädagogische Angebote. Damit haben sich die genannten Unternehmen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eindeutig positioniert. Sie haben signalisiert, dass rassistische oder fremdenfeindliche Positionen in ihrer Unternehmenskultur weder Platz haben noch geduldet werden. Vereinbarungen dieser Art könnten beispielgebend auch für andere Unternehmen.⁷⁰

Für eine wirkliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Orientierungen schaffen Verbot und Sanktion allenfalls klimatische Voraussetzungen. Dies gilt gleichermaßen für eine Sensibilisierungsstrategie, die erst durch positive Angebote insbesondere für die jungen Arbeitnehmer ihre Wirksamkeit entfaltet. Betriebliche Projektarbeit, die an die Qualifikationen und das kreative Potential der Jugendlichen anknüpft, nimmt hierbei einen hervorragenden Platz ein. Die Volkswagen AG beispielsweise organisiert seit 1992 zweiwöchige Aufenthalte in der Jugendbegegnungsstätte Oswiecim/Auschwitz, auf denen Auszubildende den baulichen Zustand der Gedenkstätte verbessern, um diese als Mahnmal für die kommenden Generationen zu erhalten. Die von den Ausbildern begleiteten Aufenthalte werden vor und - nachbereitet. Dieses Projekt folgt dem pädagogischen Ziel, die Erinnerung wachzuhalten und für heutige Bedrohungen von Menschenrechten und Demokratie zu sensibilisieren. Zugleich ermöglicht es den Auszubildenden, die Grundregeln von Teamarbeit zu lernen und ihre Kreativität zu erproben, mithin Erfahrungen zu machen, die in der betrieblichen Arbeit vielfach zu kurz kommen.⁷¹

Das VW-Projekt richtet sich an interessierte Auszubildende, die sich um eine Teilnahme bewerben müssen. In seiner Grundkonzeption, weniger in seinem Inhalt, weist es gleichwohl einen möglichen Weg für die Auseinandersetzung mit rechtsgerichteten jungen ArbeitnehmerInnen. Die freiwillige Teilnahme muss auch hier Voraussetzung sein. Solche betrieblichen Projekte könnten dann erfolgversprechend sein, wenn sie die Teilnehmer mit ihren Einstellungen, Bedürfnissen und Ängsten ernst nehmen. Sie müssen die subjektiven Logiken beachten, die Jugendliche aus ihrem Lebenszusammenhang entwickelt haben und die ihnen dort Orientierung und Bewältigung gestatten. Ansonsten vermittelt man den Jugendlichen einmal mehr, dass ihre Alltagserfahrungen und -bilder nichts wert sind und letztlich bekämpft werden sollen. Erst durch gegenseitige Akzeptanz und offene Lernprozesse entsteht jenes Klima, in dem Einstellungsveränderungen möglich sind. Die Hinzuziehung sozialpädagogischer Kompetenz könnte sich als hilfreich erweisen.⁷²

Eine von Unternehmensleitung und Betriebsrat gemeinsam entwickelte Strategie sollte auf allen Hierarchieebenen verankert werden - durch spezielle Fortbildung von Führungskräften und AusbilderInnen, durch Abteilungsbesprechungen und nicht zuletzt durch Werbung, wofür das betriebliche Informationswesen ausreichende Möglichkeiten eröffnet. In Werkszeitungen, Aushängen oder speziellen Veranstaltungen könnte über positive Beispiele und Diskriminierungsfälle ebenso berichtet werden wie über die Herkunftsländer und Kultur der beschäftigten Migranten. Als Prüfstand für Erfolge und Misserfolge der Gleichbehandlungspolitik können betriebliche Sozialberichte dienen, indem sie etwa Auskunft darüber geben, wie sich die Zusammensetzung der Belegschaft in den einzelnen

⁷⁰ Siehe dazu Volker Roßocha: Rechtsextremismus, eine Herausforderung für die Gewerkschaften, in: Mitteilungen zur Migrationspolitik, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Referat Migration, März 1999, S. 16f.

⁷¹ Klaus Kocks/Hans-Jürgen Uhl: "Aus der Geschichte lernen", in: Historische Notate, Heft 1, Schriftenreihe des Unternehmensarchivs der Volkswagen AG, Wolfsburg, Wolfsburg 1999, S. 16ff.

⁷² Franz Josef Krafeld u.a.: Akzeptierende Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen?, in: Hubertus Heil/Muzaffer Perik/Peter-Ulrich Wendt (Hrsg.): Jugend und Gewalt. Über den Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen, Marburg 1993, S. 92ff.; Leiprecht/Held/Marvakis/Horn: Jugendliche und Rechtsextremismus, S. 102.

Betriebsbereichen und Führungsebenen entwickelt hat. Strukturelle Diskriminierungen werden so augenfällig.

Eine betriebliche Strategie, die sich gegen fremdenfeindliches Verhalten richtet und zugleich auf Toleranz und substanzielle Gleichbehandlung zielt, bedarf der Unterstützung durch die Einzelgewerkschaften und den DGB. Diese sind in der Lage, Informationen über betriebliche Initiativen zu sammeln, Vorschläge für Vereinbarungen und Strategien zu entwickeln und Einfluss auf die Gestaltung rechtlicher Vorgaben zu nehmen. Gerade in Betrieben, in denen die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fehlt, sind gewerkschaftliche Sensibilisierungskampagnen für betriebliche Funktionsträger und Beschäftigte notwendig. Weil die Arbeit der Betriebs- und Personalräte mitentscheidend dafür ist, ob und inwieweit eine Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungspolitik in den Betrieben implementiert wird, sollte die Sensibilisierung für dieses Thema zum festen Bestandteil von Betriebsräte- und Arbeitsrechtsseminaren werden. Die Gewerkschaften können dies durch Informations- und Arbeitsmaterialien flankieren und zugleich Möglichkeiten für die Beratung von und den Erfahrungsaustausch zwischen den betrieblichen Interessenvertretern schaffen. Hierbei sollten auch Evaluierungsverfahren entwickelt werden, mittels derer die bislang vorhandenen betrieblichen Vereinbarungen einer Erfolgskontrolle unterzogen werden können.

3.2 Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Bildungsinhalte und Erfahrungsprozesse entscheiden mit darüber, wie Menschen die Welt und ihren Platz darin interpretieren, wie sie den "Anderen" wahrnehmen und behandeln, in welche Richtung sie diese Welt verändern wollen. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sollte einen Beitrag zur Entwicklung demokratischer Orientierungen und sozialer Kompetenzen leisten. Dazu gehören Selbstbestimmung, Gleichheitsgrundsatz, Toleranz und Solidarität auf der einen, Kommunikations-, (Selbst)Kritik- und Konfliktfähigkeit auf der anderen Seite. Wer über diese verfügt, kann auf die ideologischen Angebote des politischen Rechtsextremismus verzichten und wird auch für rechtsextreme Orientierungen und gewaltförmige Lösungen wenig anfällig sein. Die Vermittlung dieser Werte und Kompetenzen ist nicht primär an bestimmte Themen gebunden, sondern an deren Aufarbeitung in einem offenen und selbstbestimmten Lernvorgang. Erst dieser bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, in gleichberechtigter Auseinandersetzung mit anderen Personen und Meinungen Toleranz zu üben und einen abstrakten Begriff mit Leben zu füllen. Mit anderen Worten: Ein Seminar über die Menschenrechte könnte verpuffen, wenn die Erfahrung eines hierarchisch strukturierten und fremdbestimmten Lernprozesses dem Gleichheitsgrundsatz zuwiderläuft.

Um rechtsextremen Orientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern in der Bildungsarbeit entgegenzusteuern bzw. deren Entstehen zu verhindern, wäre es wenig produktiv, das Seminarprogramm um einige Rechtsextremismus- oder Antirassismuseminare zu ergänzen. Denn zumeist setzen sie auf Belehrung und folgen hiermit dem traditionellen pädagogischen Antifaschismus, der im letzten Jahrzehnt seine begrenzten Möglichkeiten unter Beweis gestellt hat. Dagegen spricht auch, dass rechtsgerichtetes Klientel gerade solche Seminare meiden wird, in denen es "umerzogen" werden soll. Stattdessen könnte etwa die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen in Seminare zur "Standortpolitik", "Globalisierung" oder "Sozialstaatskrise" integriert werden. Jedes dieser Themen böte Anknüpfungspunkte für eine Kritik an nationalistischen und ethnozentristischen Perspektiven, an Diskriminierungs- und Ausgrenzungsstrategien der politischen Mitte.

Hierzu bedarf es einer konzeptionellen Überarbeitung des gewerkschaftlichen Bildungsangebotes unter Einbeziehung der Frage, ob in den Seminaren nicht Wohlstandschauvinismus und Ausgrenzungsbereitschaft mitproduziert werden, anstatt diese als Problem zu benennen. Hierarchien wie Segmentierungsprozesse in Betrieb und Gesellschaft werden als systemdeterminiert akzeptiert, das Leistungs- und Konkurrenzprinzip gerät zum Motor wirtschaftlicher Entwicklung. Handlungsansätze der Gewerkschaften

klammern bisweilen die Belange derer aus, die nicht deutsch, männlich, weiß und in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis integriert sind. Deshalb muss das laufende Bildungsprogramm daraufhin überprüft werden, ob sich die Aufbereitung der unterschiedlichen Themen mit den demokratischen Grundwerten im Einklang befindet oder möglicherweise - Stichwort Standortdebatte - rechtsextremistischen Orientierungen Vorschub leistet. Ein Prüfstand für die Bildungspraxis sollte der Frage nachgehen, inwieweit die Qualifikation der TeamerInnen und die Seminarkonzeption ein eigenverantwortliches Lernen in einer hierarchiefreien, von gegenseitiger Akzeptanz bestimmten Atmosphäre ermöglicht.

Für die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sind die nachstehenden Prinzipien leitend:

Die demokratischen Grundwerte müssen in der gesamten Bildungsarbeit gelten - bei einer Betriebsratsschulung ebenso wie in einem Frauen- oder Jugendseminar.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit stellt sich konsequent auf den Boden einer multiethnischen Gesellschaft und nimmt eine interkulturelle Perspektive ein. Die ethnische Zusammensetzung der SeminarteilnehmerInnen muss sowohl inhaltlich (Erfahrungshintergründe und Problemlagen von MigrantInnen) als auch organisatorisch (Speisenangebot) in die Seminarplanung einfließen. Sprachbarrieren könnten durch interkulturelle Teams abgebaut werden.

Die Selbstverständlichkeit, mit der Minderheiten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der Schule sowie bei der politischen Willensbildung benachteiligt, diskriminiert oder ausgegrenzt werden, muss ins Blickfeld der Bildungsarbeit gerückt werden. In Seminaren sollte beispielsweise nach der Einhaltung von Gleichbehandlungsgrundsätzen ebenso selbstverständlich gefragt werden wie nach der Einhaltung von Tarifverträgen.

Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Wurzeln und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sollte zum festen Bestandteil der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit werden. Wichtig ist die Einbettung des Themas in attraktive Seminare, die sich dem Phänomen eher indirekt nähern. Beispielhaft sei hier das Seminar zur "Geschichte der Ausländer in Deutschland" genannt, wie es die IG BCE im Bildungszentrum Haltern durchführt. Um gezielt rechtsgerichtete Gewerkschaftsjugendliche anzusprechen, sollte man auch vor unkonventionellen Themen nicht zurückschrecken. Warum nicht ein Seminar zur Geschichte der Skinhead-Bewegung?

Fremdenfeindliche oder rassistische Äußerungen von SeminarteilnehmerInnen dürfen weder ignoriert noch bagatellisiert werden. Die TeamerInnen müssen einen klaren persönlichen Standpunkt beziehen, ohne das Konfliktpotential einer polyethnischen Gesellschaft zu leugnen oder schön zu reden.

Die TeamerInnen dürfen nicht in die traditionelle Rolle des Lehrers schlüpfen, der im Frontalunterricht Wissen vermittelt, aufklärt oder belehrt. Eine solche Rolle ist gerade in der Erwachsenenbildung weder adäquat noch Erfolg versprechend. Der Teamer sollte sich als Moderator eines Lernprozesses verstehen, als ein "primus inter pares", der die Selbststeuerung der Gruppe in einer Atmosphäre gleichberechtigter Beziehungen ermöglicht. Durch Moderation können alle Gruppenmitglieder miteinbezogen und an Entscheidungen beteiligt werden. Sie fördert Kommunikation, Offenheit und Akzeptanz.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, benötigen die haupt- und ehrenamtliche TeamerInnen handlungsorientierte Angebote zur inhaltlichen und methodischen Weiterbildung. Umgekehrt sollten sie in die Überarbeitung und Weiterentwicklung von Seminarkonzeptionen eingeschaltet werden. Qualifizierung und Erfahrungsaustausch könnten beispielsweise durch Bildung eines Bundes-Arbeitskreises gefördert werden.

Ausländische KollegInnen sollten durch entsprechende Unterstützung dazu ermutigt werden, sich als TeamerInnen zu qualifizieren.

Schließlich wäre es eine Überlegung wert, in Kooperation mit den Trägern kommunaler Jugendarbeit und den Sozialarbeitern vor Ort spezielle Seminare und Projekte durchzuführen, die gemeinsam mit den Jugendlichen entwickelt worden sind. Gerade wegen knapper Ressourcen wie Räumlichkeiten, Sachmittel und Personal sowohl bei Gewerkschaften als auch zum Beispiel in Jugendheimen bietet sich eine derartige Kooperation geradezu an. Funktionieren könnte ein solches Experiment deshalb, weil sich die Angehörigen der "Spaß-generation" allen Unkenrufen zum Trotz engagieren, wenn dies in ihrem direkten Bezugskreis möglich ist. Sie gehen davon aus, dann etwas Konkretes bewirken zu können, ohne korrumpiert oder vereinnahmt zu werden. Wesentliches Kriterium ihres Engagements ist der Erfolg im Kleinen, der durch die Anerkennung und Zuwendung im unmittelbaren Umfeld zu spüren ist. Gerade arbeitslose Jugendliche könnten hier die Erfahrung machen, dass sie ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und ihr kreatives Potential außerhalb des Berufslebens sinnvoll einbringen und erweitern können⁷³

Als Instrument, rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern zu korrigieren, ist die Reichweite gewerkschaftlicher Bildungsarbeit begrenzt. Wer ausgeprägte fremdenfeindliche oder rassistische Orientierungen aufweist, wird diese nicht nach einem Wochenseminar verlieren. Dennoch könnte die Bekanntschaft mit anderen ausländischen Kolleginnen und Kollegen, das Kennenlernen anderer kultureller Mentalitäten und Verhaltensweisen, die Erfahrung, ernst genommen und akzeptiert zu werden oder das Aufgehobensein in der Gruppe Risse in das psychologische Fundament schlagen, auf dem diese Orientierungen verankert sind.

3.3 Schule/Berufsschule

Pädagogische Handlungsstrategien zu entwickeln, die den rechten Orientierungen von Jugendlichen entgegenwirken und dabei Augenmaß für die komplexen Ursachen bewahren, dürfte kein leichtes Unterfangen sein. Noch manch kontroverse Debatte um die Chancen und Formen pädagogischer Intervention wird notwendig sein, damit sich die Schule dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe erfolgversprechend stellen kann, ohne zu resignieren oder in die Falle pädagogischer Allmachtsphantasien zu tappen. Denn Schule ist der Ort, den alle Kinder und Jugendlichen durchleben und wo sie bis zum Ende der Schulpflicht einen Großteil ihrer Zeit verbringen; es ist zugleich der Ort, der durch die vermittelten Inhalte und durch den "heimlichen Lehrplan" einen zwar schwindenden, aber nach wie vor prägenden Einfluss auf die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen ausübt. Indem die Schule selbstbestimmte Lernprozesse in Gang setzt, demokratische Orientierungen und Werte vermittelt und in einem immer noch "geschützten" Raum die Ausbildung sozialer Kompetenzen erlaubt, kann sie der Ausbreitung rechtsextremer Orientierungen die ein oder andere Barriere entgegensetzen.

Der Einsicht Wilhelm Heitmeyers ist in diesem Zusammenhang zuzustimmen: "Belehrung kommt gegen Erfahrung nicht an"⁷⁴. Was die SchülerInnen lernen, wird entscheidend mitbestimmt durch den "heimlichen Lehrplan", also die Art des Umgangs zwischen LehrerInnen und SchülerInnen sowie zwischen den SchülerInnen und den LehrerInnen untereinander. Das Klassen- und Schulklima sind ebenso wie die dort gepflegten zwischenmenschlichen Beziehungen Lernerfahrungen, die sich auf die Selbstwahrnehmung und Werteorientierungen der Kinder und Jugendlichen auswirken. Zentral ist deshalb die Frage, ob Schulen Handlungsunsicherheiten, Ohnmachtserfahrungen und Vereinzelung von

⁷³ Jugend 97: Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Opladen 1997, S. 35.

⁷⁴ Wilhelm Heitmeyer: Pädagogik und Fremdenfeindlichkeit. Vortrag auf der Jahrestagung der UNESCO-Modellschulen (Manuskript), Berlin 1992, S. 7

Schülerinnen produzieren bzw. verstärken, oder ob sie Orte sind, an denen Zugehörigkeit und Glaubwürdigkeit erfahren, das Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl gestärkt, Verantwortungsbereitschaft und Kooperation gefördert und gewaltfreie, demokratische Konfliktlösungen praktiziert werden. Die Schulen müssen zu Lebens- und Lernorten werden, was ihre Öffnung für das soziale Umfeld - Gesellschaft, Kommune, Viertel - sowie konzeptionelle und methodische Veränderungen hin zum interdisziplinären, lebenslangen Lernen und zum aktivierenden Unterricht miteinschließt. Nur so können abstrakte Werte und Orientierungen durch konkrete Erfahrungen vermittelt werden.

Es gehört heute zu den wichtigsten Aufgaben der Schule, die Kinder und Jugendlichen auf das Zusammenleben in einer multiethnischen, durch kulturelle Differenz geprägte Gesellschaft vorzubereiten. Denn in einer sich bildenden Weltgesellschaft werden nicht nur Kapital und Waren verkehren, sondern auch Menschen wandern, wobei sich diese Wanderungsbewegungen in einer freiheitlichen, die Menschenrechte achtenden Gesellschaft nur beschränkt kontrollieren lassen. Kulturell heterogene Gesellschaften aber werden ihren Bürgern eine Fülle von Verstehensleistungen abfordern, die dem kosmopolitisch orientierten Bürger leichter fallen als den Bevölkerungsgruppen, die ihre wirtschaftliche und soziale Existenz durch Konkurrenten und ihre lokale Identität durch den kulturellen Pluralismus bedroht sehen. Eine überlokale und übernationale Solidarität kann nicht einfach vorausgesetzt werden; sie muss immer wieder hergestellt werden in Erfahrungsräumen, in denen sich Konkurrenz in Kooperation und Fremdheit in Vertrautheit verwandeln kann. Dass dies möglich ist, zeigt in Deutschland die Integration von Hugenotten, Polen und den nach 1945 zugewanderten Flüchtlingen ebenso wie vielerorts die Integration von Italienern, Griechen, Spaniern und Türken. Dazu bedarf es konkreter Integrationsarbeit in Betrieben, in Gewerkschaften und Parteien. Und es bedarf einer schulischen Erziehung, die auf weltbürgerliche Erziehung setzt. Eine Schlüsselqualifikation dürfte Empathie sein, also die Fähigkeit, die Welt auch aus der Perspektive anderer oder Fremder zu betrachten. Dies wäre zugleich eine wirksame Barriere gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.⁷⁵

Ein Blick in Schulbücher und Unterrichtsmaterialien, in Lehr- und Lernpläne zeigt indes, wie hartnäckig das Bild einer homogenen Gesellschaft konserviert wird und wie weit man von einer interkulturellen Perspektive entfernt ist. Die Diskussion um die Einbeziehung interkultureller Inhalte in die theoretische und praktische berufliche Ausbildung steht erst am Anfang. Der DGB hat wichtige Anstöße gegeben und 1997 das Projekt "Interkulturelles Lernen in der beruflichen Ausbildung" initiiert. Ziel war, neue selbstbestimmte Lernmethoden in den Dienst der interkulturellen Bildung zu stellen und vorhandene kulturelle Kompetenzen der Auszubildenden für die Bewältigung von Arbeitsaufgaben zu nutzen. Es wurden auch Vorschläge für eine Veränderung der Berufsbildungsordnungen entwickelt. Dieser Weg muss konsequent weiterverfolgt und auch in die allgemeinbildenden Schulen hinein verlängert werden.⁷⁶

Eine Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus im Unterricht muss mehr sein als Information und Aufklärung über die NS-Zeit. Denn die einfache Gleichung, nach der Jugendliche gegenüber rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen umso resistenter sind, desto mehr sie über den Holocaust wissen, geht nicht mehr auf. Vielmehr sollten LehrerInnen in Rechnung stellen, dass inzwischen eine rege rechtsintellektuelle Szene Argumente und Positionen verbreitet, die auf fruchtbaren Boden fallen. Wenn aber ein Teil der jugendlichen Schüler ethnozentristische, rassistische oder autoritäre Einstellungen herausgebildet hat, wäre es verfehlt, sie nur als Opfer von Modernisierungsprozessen zu betrachten und sozialpädagogisch zu therapieren. Sie müssen stattdessen als "politische Subjekte" im Unterricht ernst genommen werden. Dies schließt zuallererst mitein, dass LehrerInnen rechte Sprüche ihrer SchülerInnen nicht einfach ignorieren, denn wenn hierüber

⁷⁵ Eckert/Willems/Würtz: Erklärungsmuster, S. 165f.

⁷⁶ Roßocha: Rechtsextremismus, eine Herausforderung für die Gewerkschaften, S. 15.

eine Kommunikation nicht zustande kommt, hat sich Pädagogik von ihren Ansprüchen im Prinzip verabschiedet. Die Jugendlichen müssen zu Diskussionen aufgefordert werden, in denen sie ihre Positionen begründet darlegen können und mit anderen begründeten Positionen konfrontiert werden.⁷⁷ Dem Lehrpersonal steht eine Reihe von Methoden und Ansätzen zur Verfügung, um diese Kommunikation zu gestalten und eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen. Sie reicht von Einzelgesprächen über die spontane Auseinandersetzung mit Schüleräußerungen im Unterricht bis hin zur Planung von längeren Unterrichtseinheiten und Klassenprojekten.

Die Gewerkschaften haben auf die in den Schulen geführte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus allenfalls mittelbaren Einfluss, indem sie sich als Ansprech- und Diskussionspartner zur Verfügung stellen, Bildungsangebote für LehrerInnen und SchülerInnen machen, Informations- und Anschauungsmaterial zur Verfügung stellen und Schul- oder Klassenprojekte unterstützen bzw. initiieren. Hierbei können Gewerkschaften an die Bestrebungen der Bildungspraktiker anknüpfen, die Schulen im Rahmen der Schuljugendarbeit mit anderen Jugendeinrichtungen zu vernetzen, um so beispielsweise eine effizientere Gewalt- oder Drogenprävention durchzuführen. Wenn sich Gewerkschaften in dieses entstehende Netzwerk einklinken - in Dortmund nehmen 150 Schulen an der Vernetzung teil -, könnten sie die Schulen für sich öffnen.

3.4 Medien/Öffentlichkeit

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit setzt zunächst Informationen voraus - über rechtsextreme Potentiale, Gruppierungen, Aktionen und Parteien. Die wenigsten wissen, wie die politischen Organisationen der extremen Rechten aufgebaut sind, in welchen programmatischen Punkten sie sich unterscheiden, welche Gesellschaft sie wollen. Wer steckt hinter der DVU? Wie hat sie in den Länderparlamenten in Schleswig-Holstein und in Sachsen-Anhalt gearbeitet? Gewerkschaftliche Informationsveranstaltungen und -kampagnen könnten sich zudem gezielt den Wortführern des politischen Rechtsextremismus zuwenden, indem sie beispielsweise Gerhard Frey als skrupellosen Geschäftemacher entlarven, der durch Zeitschriften und Propagandamaterial für die DVU-Mitglieder Millionen verdient hat. Das Hintergrundwissen um derartige Geschäftspraktiken könnte von der Wahl einer solchen Partei abhalten.

Die Vorgehensweise der Gewerkschaften sollte den Befund berücksichtigen, dass 1993/94 die Zahl der REP-Anhänger auch deshalb gesunken ist, weil die Arbeitslosigkeit das Ausländer- und Asylthema von Platz eins der Problemliste verdrängte. Bei der Lösung der Arbeitsmarktprobleme aber wurde der Partei keine Kompetenz zugebilligt. Nicht die Stigmatisierung rechtsextremistischer Parteien und ihrer Kandidaten als Ausländer- und Demokratiefeinde, sondern ihre "Vorführung" als inkompetent wäre deshalb ein vielversprechender Weg. Dafür spricht auch der Erfolg einer massiven Aufklärungskampagne, die zum schlechten Abschneiden der DVU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1998 ihren Teil beigetragen hat. Statt der prognostizierten 10 erhielt sie nur 4,5 Prozent. Getragen wurde diese Kampagne von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum, bestehend aus Massenmedien, Landes- und Kommunalpolitikern sowie Trägern schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit. Die Akteure setzten nicht auf moralische Verurteilung, sondern auf rationale Auseinandersetzung mit den Initiatoren, dem Charakter und den Zielen der rechtsextremistischen Parteien. Am Wahlsonntag wusste die Bevölkerung über die Qualifikation der Kandidaten und die Absichten der Hintermänner gut Bescheid.⁷⁸

Nach diesem Vorbild könnten sich gewerkschaftlich initiierte, im Schulterschluss mit anderen demokratischen Kräften durchgeführte Informations- und Aktionstouren gerade in

⁷⁷ Albert Scherr: Pädagogik hat ihre Grenzen, in: Sozial Extra, 1992, Heft 6, S.7.

⁷⁸ Stöss: Rechtsextremismus, S. 83, 134.

Wahlkampfzeiten als wirksam erweisen. Zugleich sollten Gewerkschaften darauf achten, dass Ausländer, Asylsuchende oder Flüchtlinge nicht durch Wahlkampfpolemik zwischen Regierung und Opposition oder die Medienberichterstattung zum Problem Nr.1 aufrücken. Davon profitieren letztlich nur die rechtsextremistischen Parteien.

Eine richtig verstandene Sensibilisierungsstrategie bleibt nicht dabei stehen, rechtsextremistische Organisationen oder Jugend-Szenen ins Visier rücken. Gewerkschaften müssen ihre Augen und Ohren für diskriminierende, fremdenfeindliche oder rassistische Einstellungen der politischen Mitte offen halten. Hier liegt das ungleich größere Gefährdungspotential für das demokratisch-pluralistische System. Wann immer sich Politiker, Funktionäre oder Medienberichterstatter mit rechtspopulistischer oder rechtsintellektueller Rhetorik hervortun, bedarf es einer Öffentlichkeit, die solche Äußerungen kritisch kommentiert. Dies gilt mehr noch für Taten, mit denen ethnische Minderheiten, Behinderte, Obdachlose etc. diskriminiert oder ausgegrenzt werden. Auf die Medien, die sich vor allem der Extreme annehmen und als Skandal inszenieren, sollten Gewerkschaften einen kritischen Blick werfen. Denn sie neigen dazu, derartige Äußerungen als politische Entgleisungen Einzelner zu interpretieren und nähren so die Illusion einer demokratischen Normalität.

Begreift man rechtsextreme Orientierungen als zur politischen Mehrheitskultur gehörig, schließt die Sensibilisierungsstrategie eine Debatte über den Zustand unserer Demokratie mit ein - über ihre Vorzüge, ihre Mängel und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten.

Ohne Zweifel, eine Demokratie- und Zukunftsdebatte tut Not, die nicht auf die Anpassung an eine globalisierte Wirtschaft hinausläuft, sondern zunächst die Frage stellt, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Weil ein Anstoß hierzu nicht allein von den etablierten Parteien kommen kann, fällt die Rolle des Impulsgebers auch den Gewerkschaften zu. Indem sie diese Rolle übernehmen, könnten Gewerkschaften nicht nur ihre eigene Funktion im politisch-ökonomischen System der Bundesrepublik reflektieren. Eine solche Debatte könnte sich zugleich als wirksame Barriere gegen den Rechtsextremismus erweisen, wenn sie die bereits sichtbaren Deformationen der politischen Kultur plastisch vor Augen führt. Der Einschätzung des Philosophen Hans Jonas ist in diesem Zusammenhang zuzustimmen: "Wir wissen erst, was auf dem Spiel steht, wenn wir wissen, dass es auf dem Spiel steht".⁷⁹

Um Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen, werden Gewerkschaften ihren Zugang zu den Medien nutzen müssen, über die sich heute mehr denn je Öffentlichkeit erst konstituiert. Hierbei werden sie sich kritische Distanz gegenüber dem Mediendiskurs bewahren müssen, weil er nach eigenen Regeln funktioniert und gute Absichten ins Gegenteil verkehren kann. Wie dies funktioniert, ließe sich an Hand der Kampagne "Mach meinen Kumpel nicht an" demonstrieren.

Eine gewerkschaftliche Politik, die sensibilisieren und für Demokratie und Toleranz werben will, muss deshalb "auf die Straße" zurückkehren. Hierbei sollte nicht die spektakuläre und symbolische Aktion im Vordergrund stehen, sondern die konflikthafte und dialogische Auseinandersetzung im öffentlichen Raum.

Gleichsam bedarf es einer innergewerkschaftlichen Sensibilisierung im Hinblick auf die öffentliche Selbstdarstellung. Historisch und symbolisch bedeutsame "Feiertage" wie der 1. Mai oder der Antikriegstag müssten dahingehend hinterfragt werden, inwieweit gewerkschaftliches Selbstverständnis und gewerkschaftliche Praxis übereinstimmen. Einer ebenso kritischen Betrachtung sollte auch die sprachliche Übernahme der vom ökonomischen Diskurs vorgegebenen Erklärungsmuster (z.B. in Fragen der Standortpolitik) unterzogen werden.

⁷⁹ Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt/M 1983, S. 63.

3.5 Politik

Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindliche Gewaltakzeptanz sind keine unvermeidbaren Folgen der Migration in den 60er und 70er Jahren sondern vermeidbare Folgen ihrer mangelnden Gestaltung.⁸⁰ Gerade die alte konservativ-liberale Bundesregierung, aber auch die Oppositionsparteien haben diese Migrationprozesse nicht zur Kenntnis genommen. Sie haben keine Vorsorge für die Aufnahme und Integration von Bürgerkriegsflüchtlingen und von nachziehenden Familienangehörigen getroffen. Im Gegenteil: Flüchtlinge und Einwanderer wurden als Bedrohung für das "deutsche Sozialsystem", für die innere Sicherheit und für die "deutschen Arbeitsplatzbesitzer" dargestellt. Daher musste auch alles getan werden, um dieser vermeintlichen Bedrohung entgegenzutreten und mögliche Einwanderer abzuschrecken.

Die Öffnung der Grenzen zu den Staaten des ehemaligen Ostblocks, die Liberalisierung der Arbeitsmärkte in der Europäischen Union sowie ihre Erweiterung führen zu weiteren Einwanderungsprozessen. Insbesondere die bereits jetzt existierende Dienstleistungsfreizügigkeit und die Werkvertragskontingente, verbunden mit niedrigeren Löhnen und mangelnder sozialer Sicherheit für die ausländischen ArbeitnehmerInnen führen zu Spannungen zwischen den Beschäftigten und machen gleichzeitig die Notwendigkeit einer gestaltenden Politik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse deutlich.

Eine abwartende und hinhaltende Politik, die keine akzeptablen Lösungen für drängende gesellschaftliche Herausforderungen anbietet, hat negative Folgen für die Verarbeitung von individueller Ängste. Eine Politik der Ausgrenzung führt dazu, dass Ungleichheitserfahrungen einzelner Personen im Bewusstsein ganzer Bevölkerungsgruppen zu Vorurteilen umgewandelt werden können. Sie legitimiert schließlich auch die fremdenfeindliche Gewaltakzeptanz.

Die Gewerkschaften sollten ihren Einfluss auf die Regierungskoalition geltend machen, um ein lange tabuisiertes und blockiertes Thema endlich auf die politische Tagesordnung zu setzen: "Deutschland ist ein Einwanderungsland." Es ist an der Zeit, das Thema Migration als umfassende politische Gestaltungsaufgabe wahrzunehmen und Konzeptionen für alle Problembereiche und Folgeprobleme des Wanderungsgeschehen zu entwickeln. Dabei geht es nicht ausschließlich um die Verbesserung der Chancen der Migranten sondern vielmehr um eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Eine transparente Einwanderungsgesetzgebung und Migrationspolitik sowie ein gesellschaftlicher Konsens über das Zusammenleben in einer multiethnischen Gesellschaft könnte einen wesentlichen Beitrag zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und zur Entschärfung ethnischer Konflikte leisten.⁸¹

Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien bietet eine Reihe von positiven Ansätzen für die Umsetzung dieser Politik. Gleichwohl zeigt das Beispiel der Debatte um die Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts, wie schnell die Ziele verwässert werden können. Die von der CDU/CSU medial in Szene gesetzte Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wäre möglicherweise verpufft, hätte die rot-grüne Koalition die lange überfällige Änderung des Staatsbürgerrechts in eine sachliche öffentliche Diskussion über Migration, Einwanderung und Integration von Minderheiten eingebunden. Auch die Gründung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz zeigt eine eher abwartende Haltung der Regierung. Wurde noch im Koalitionsvertrag die "Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von Rechtsextremismus" zu einem Schwerpunkt der Politik erklärt und im April 1999 die Gründung des Bündnisses angekündigt, so ist bis heute nicht klar, mit welcher

⁸⁰ Bade: Homo Migrans, S. 72.

⁸¹ Bade: Homo Migrans, S. 100f.

Zielsetzung und Arbeitsform das Bündnis arbeiten soll. Aus Sicht der Gewerkschaften sollte das Bündnis für Demokratie und Toleranz einerseits zur positiven Veränderung der öffentlich vermittelten Bilder von Einwanderern und Minderheiten beitragen und andererseits die Diskussion über politische Vorhaben und die Vernetzung der Arbeit der politischen und gesellschaftlichen Akteure befördern sowie ihre Aktivitäten öffentlich machen. Zur Erreichung dieser Ziele ist eine möglichst breite Beteiligung der gesellschaftlichen Kräfte und ein gewisser Grad an verbindlichen Absprachen sowie eine gemeinsame Erklärung zu den grundsätzlichen Zielen notwendig.

Eine gewerkschaftliche Strategie gegen Ausgrenzung und für Toleranz und Gleichbehandlung, die gestaltend in die politischen Prozesse einwirken will, muss die Regierungen und die Parlamente an ihre Verantwortung für ihre Sprache und die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen zur Einwanderungs-, Integrations- und Gleichbehandlungspolitik erinnern. Sie muss gleichzeitig vorhandene Einflussmöglichkeiten nutzen. Daher ist es sinnvoll, in den von der Bundesregierung initiierten Gesprächskreisen, wie dem Forum gegen Rassismus, dem Bündnis für Demokratie und Toleranz und auch den verschiedenen Gesprächskreisen mitzuarbeiten. Aber die Gewerkschaften müssen auch ihre Vorstellungen mit eigenen Konzepten und Vorschlägen untermauern. Das gilt insbesondere für die Weiterentwicklung des Minderheitenschutzes und für die Gestaltung von Freizügigkeitsprozessen im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union. Sie müssen kontinuierlich die politischen Entwicklungen gemeinsam begleiten und gestaltend eingreifen. Dazu nach wie vor eine Koordinierung der gemeinsamen Positionen und Vorstellungen notwendig.

Die in Umrissen skizzierte Gewerkschaftsstrategie braucht Partner auf der europäischen Ebene, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland: Ob Kirchen, kommunale Einrichtungen, Bürgerinitiativen, Verbände, Wohlfahrtsorganisationen Bildungsträger oder Wissenschaft. Von daher unterstützen die Gewerkschaften die Gestaltung und Einrichtung von Netzwerken für Demokratie und Toleranz auf den verschiedenen politischen Ebenen. So unterschiedlich die Zusammensetzung bei den bereits existierenden Netzen auch ist, gemeinsam ist ihnen die Erkenntnis, dass Nichtregierungsorganisationen und Regierungsstellen ihre Verantwortung für eine zivile und demokratische Gesellschaft wahrnehmen müssen. Gemeinsam sind ihnen auch die Grundzüge der Handlungsstrategien: Aktionen zur Stärkung der Zivilcourage, Entwicklung von gemeinsamen Präventionsmaßnahmen von Polizei, Schulen und Verbänden und der Schaffung von Beratungs- und Informationseinrichtungen. Für die Gewerkschaften ist die Mitarbeit bzw. die Koordinierung von Netzwerken zur Unterstützung der eigenen Positionen auf den verschiedenen politischen Ebenen wichtig.

Schlussbemerkungen

Die Kommission Rechtsextremismus hat ihre Arbeit zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, als mit dem FPÖ-Wahlergebnis und deren Beteiligung an der Regierung in Österreich sowohl die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik als auch die Debatten in anderen europäischen Ländern eine neue Dimension und besondere Qualität erreicht haben. Auch wenn die Entwicklung in Österreich nicht mit der politischen Lage in Deutschland vergleichbar ist, hat dennoch der stetige politische Aufstieg Jörg Haiders und die kontroverse Diskussion um den medienwirksamen Rechtspopulisten nicht nur in der Bundesrepublik den Blick auf zwei Tendenzen geschärft, auf die Gewerkschaften besonders hinweisen müssen:

Rechtsextremisten und Rechtspopulisten bemächtigen sich auch in der Bundesrepublik immer mehr sozialen Themen und politischen Fragen, die bisher von der linken Mitte des politischen Spektrums aufgeworfen wurden: Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Vermögensverteilung, Generationengerechtigkeit, Staatsbürgerschaftsrecht und europäischer Markt seien beispielhaft genannt.

Die zweite Tendenz ist für die Arbeit und das Selbstverständnis der Gewerkschaften ebenso bedeutsam: Wo sich keine gesellschaftliche "Gegenwehr" politisch organisiert und mit modernen Mitteln der politischen Arbeit wappnet, entsteht ein machtpolitischer Freiraum, den extreme Rechte oder populäre Vereinfacher immer leichter glauben ausfüllen zu können.

Ganz unabhängig von der weiteren Entwicklung in Österreich (oder anderen Ländern in Europa) ist davon auszugehen, dass auch bei uns das Thema Rechtsextremismus in den nächsten Jahren nicht von der Tagesordnung verschwinden wird. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeiten, ungerechte Reichumsverteilung, Krise der traditionellen Parteien, zunehmende Globalisierungsängste, mutliethische Gesellschaft, aber auch der grundlegende Wandel von der Arbeits- zur Informationsgesellschaft, gesellschaftliche Desintegration und Erosion kollektiver Leitbilder bilden den sozialen Nährboden für politische Unzufriedenheit und steigern das Misstrauen gegenüber den politischen Kräften, die nicht für jedes Problem eine schnelle Antwort bereit halten.

Die Kommission ist der Auffassung, dass den politischen Problemen und den gesellschaftlichen Entwicklungen, die auch zu rechtsextremistischen Einstellungen und Verhalten führen können, weder durch kurzfristigen Aktionismus noch durch blindes Verleugnen zu begegnen ist, sondern es einer breiten konzeptionellen Arbeit und einem langfristigen Handeln in möglichst vielen gesellschaftlichen Feldern bedarf, um den Gefahren rechtsextremen Handelns zu begegnen und die Chancen demokratischer Strukturen zu stärken.

Die inhaltliche Auseinandersetzung und die konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus ist nicht nur Aufgabe politischer Entscheidungsträger auf allen Ebenen des politischen Systems. Sie muss auch Anliegen aller demokratisch denkenden Menschen und handelnden Personen sein. Wir brauchen tatkräftige Anstrengungen in allen Parlamenten und von jeder Partei. Aber wir benötigen auch das alltägliche Engagement von selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern: in der Schule, an dem Arbeitsplatz, in allen Lebensbereichen.

Die Kommission ist der Auffassung, dass mit diesem Bericht die gewerkschaftliche Arbeit am Thema "Rechtsextremismus" nicht beendet werden darf, sondern sich die Gewerkschaften weiterhin mit rechtsextremistischen Denken und Handeln intensiv auseinandersetzen müssen. Die Diskussionen in der Kommission haben deutlich gemacht, dass eine systematische Bestandsaufnahme bisheriger Aktivitäten noch zu leisten ist. Ebenso wurde festgestellt, dass ein organisierter Erfahrungsaustausch zum Beispiel über Projekte gegen Rechtsextremismus innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationsbereiche fehlt.

Die Kommission empfiehlt daher die Einrichtung einer Projektgruppe, die bundesweit die Entwicklung des Rechtsextremismus weiter beobachtet, bisherige gewerkschaftliche Aktivitäten zusammenfasst und Informationsmaterial entwickelt, das betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionärinnen und Funktionären zur Verfügung gestellt werden kann.

Zudem sollen die Gewerkschaften und der DGB auf Bundesebene verstärkt auf die Bildung eines "Bündnisses für Demokratie und Toleranz" drängen, wie es im Koalitionsvertrag der Parteien der rot-grünen Bundesregierung verankert ist.

Textanhang

Antrag an den 16. Ordentlichen Bundeskongress des DGB

30 Landesbezirk Sachsen

Kommission Rechtsextremismus

Der 16. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:
Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, eine Kommission einzusetzen, die aus gewerkschaftlicher Sicht die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland analysiert und Handlungsperspektiven für die Gewerkschaften erarbeitet.

Begründung:

Die 1. Mai-Kundgebung 1997 in Leipzig hat exemplarisch gezeigt, dass sich die Neonazis zunehmend der Themen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau annehmen. Mit Parolen wie "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" erleben wir den Versuch des rechten Lagers, sich klassischer gewerkschaftlicher Handlungsfelder zu bemächtigen. Wenn es uns in Leipzig auch gelungen ist, den 1. Mai als Kampf- und Feiertag mit einer machtvollen und friedlichen Massendemonstration und Kundgebung gegen die Vereinnahmungsversuche von Rechts zu verteidigen, so bedeutet dies noch nicht, dass wir zukünftig in der Lage sein werden, solche Erfolge durchgängig zu erzielen.

Die Erfahrungen in Frankreich mit der Gründung von "Rechts-Gewerkschaften" zeigen eine deutliche Gefahr auf. Wir erleben darüber hinaus eine zunehmende Militarisierung der rechten Gruppierungen und Parteien. Die Auseinandersetzungen um die Wehrmachtsausstellung in München und Dresden haben deutlich werden lassen, dass die demokratischen Parteien und die Regierungen immer hilfloser auf rechte Aufmärsche reagieren und die Verantwortung allein auf die Polizei und die Gerichte delegieren.

Diskussion um den Antrag

(Auszug aus dem Wortprotokoll des 16. Ordentlichen Bundeskongresses)

Jürgen Walter, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe auf den Antrag 30 des DGB-Landesbezirkes Sachsen. Mit diesem Antrag soll der Bundesvorstand aufgefordert werden, eine Kommission zum Thema Rechtsextremismus einzusetzen.

Auch über diesen Antrag haben wir sehr ausdrücklich diskutiert und waren nach der Diskussion der Auffassung - deshalb auch die Empfehlung "Material an den Bundesvorstand" -, dass sowohl nach innen als auch nach außen mit dem Begriff "Kommission" ein wenig ein falscher Eindruck entstehen könnte, nämlich der, als würden wir das Thema, das wir eben in dem Antrag 29 und in den Initiativanträgen 4 und 7 zum großen Teil auch inhaltlich beschrieben haben - wir haben darin auch Position bezogen -, zur Erledigung lediglich einer Kommission zuweisen wollten. Das ist auch vom Antragsteller nicht so gewollt. Aber man muss einfach einmal diese Auswirkung bedenken.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass man darüber insgesamt diskutieren muss. Darunter kann eine Kommission des Bundesvorstandes sein, die das gesamte Thema sichtet und Vorschläge macht, Kolleginnen und Kollegen. Das ist aber nur eine Möglichkeit von dem vielen, was man machen muss. Entscheidend aber wird sein, wie wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dieses Thema auch in der Öffentlichkeit angehen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass es breiter angegangen werden muss und empfehlen Annahme des Antrages an den DGB-Bundesvorstand.

Walter Haas, Vorsitzender des Kongresses

Zum Antrag 30 liegen uns Wortmeldungen vor. Als erster spricht Angelo Lucifero von der Gewerkschaft HBV, Teilnehmernummer 127.

Angelo Lucifero

Kolleginnen und Kollegen! Ich will dafür plädieren, dass aus diesem Antrag tatsächlich ein Arbeitsauftrag wird, weil ich glaube, dass eine Kommission nicht bedeutet, etwas zu vertagen, sondern das im Deutschen Gewerkschaftsbund zu entwickeln, was bitter notwendig ist. Alle Gewerkschaften, jede für sich, machen bereits eine ganze Menge. Nun aber muss es darum gehen, dass alle Gewerkschaften miteinander versuchen, Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, obwohl ich Ausländer bin. Ich bin einer derjenigen, bei dem geplant war, dass er fünf oder sechs Jahre hier bleibt, und nun ärgere ich mindestens schon seit 27 Jahren den Deutschen Gewerkschaftsbund. Manche, auch im Gewerkschaftsbund, hätten es gern gehabt, wenn das mit den fünf Jahren geklappt hätte.

Eigentlich hätte ich sitzen bleiben müssen, weil das Problem Rechtsextremismus und Rassismus kein Problem der Ausländer ist. (Beifall) Es ist das Problem der Moral und der Kultur eines jeden Volkes, in dem solche Entwicklungen stattfinden: Für mich als Italiener für die dramatische Entwicklung, die es auch in Italien gibt, für Euch als Deutsche für die dramatische Entwicklung, die es in diesem Lande gibt.

Das Problem in der Diskussion ist aber, dass man dann, wenn über Rassismus geredet wird, immer nur darüber redet, wie man den armen Ausländern hilft. Ich denke aber, es geht darum, wie man diesem Volk hilft, aus dieser Unmoral herauszukommen, die von einer nicht geringen Minderheit verursacht wird. Es sind ja nicht nur die 12,9 %, sondern es sind wesentlich mehr.

Das zweite Problem ist, dass die Frage Rassismus sehr schnell auf die Frage soziale Ursachen, Massenarbeitslosigkeit und dergleichen mehr reduziert wird. Das ist zwar eine Antwort, und die ist auch richtig, aber das ist nur ein sehr geringer Teilaspekt. Dies hat vielmehr etwas damit zu tun, welche Botschaften, welche Moral, welche Werte diese Republik als Regierung, als Staat, als zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen, wie zum Beispiel die Gewerkschaften, ausstrahlen. Erst in der Summe dieser beiden Komponenten entscheidet sich der Mensch, ob er Rassist wird oder nicht. Aber er entscheidet sich. Er ist nicht Opfer irgendwelcher Verhältnisse. (Beifall)

Vorhin ist das Beispiel Saalfeld erwähnt worden. Der Kollege Wolfgang hat eines vergessen. Es gibt in Thüringen eine Studie über Rechtsextremismus unter Jugendlichen. Ich glaube, es war eine Sinusstudie aus dem Jahre 1981, wonach es mehr als 15 % rechtsextreme Orientierungen, aber nicht nur unter Jugendlichen, gibt. Ich will dafür plädieren, dass es kein Jugendproblem ist. Aber diese Studie aus Thüringen befasst sich mit Jugendlichen.

Die kommt zu dem Ergebnis: In der Region Altenburg, also eher im nördlichen Teil des Landes, gibt es einen überproportional hohen Anteil an rechten Orientierungen und rechten Aktivitäten. Wenn dann einige andere Regionen genannt werden, wird in der Studie gesagt, auffällig sei die Region Saalfeld-Rudolstadt, nämlich Nummer 1, obwohl, verglichen mit den anderen Regionen, dort gar nicht die größte Arbeitslosigkeit ist. Dann erwähnt die Studie, dies könnte damit zusammenhängen, wie die Politik, wie die Medien, wie sich sozusagen die dominierenden Meinungen in der Öffentlichkeit äußern, nämlich gegen Flüchtlingsheime, gegen Ausländer, also welche Stimmung in dieser Region geschaffen wird. Ich denke, das macht eine Kommission durchaus notwendig. Wir müssen darüber reden, welches denn eigentlich die Ursachen dafür sind, damit wir auch entsprechende Antworten darauf finden.

Wer sich das Wahlergebnis der DVU angeguckt hat, wird eines feststellen: Die Stammwähler - in Anführungszeichen - waren die, die einen Ausbildungsplatz haben. Die arbeitslosen Jugendlichen waren bei den Wählern der DVU nicht auffällig überproportional vertreten, sondern es waren Leute, die nicht die Opfer sind, sondern in ihrer Angst, etwas zu verlieren, zu den Rechten überlaufen.

Ein weiteres Beispiel: In unseren Köpfen ist sehr oft der Nazi-Skin. Im Westen sieht man ihn nicht so oft, im Osten hat man sich langsam daran gewöhnt. Mancher traut sich sogar, mitten durch eine Gruppe zu gehen, weil er sonst einen sehr großen Umweg gehen müsste. Der Nazi-Skin, der arbeitslose, verarmte Jugendliche. Das ist falsch. Der Nazi-Skin mit Handy, mit Golf, der am Wochenende "Ausländer klatschen" geht. Es handelt sich also keinesfalls um die sozial Ausgegrenzten, sondern oft sogar um Kinder privilegierter Familien.

Das alles sind Argumente dafür, dass wir tatsächlich einen konkreten Arbeitsauftrag brauchen, dass wir mehr gemeinschaftlich diskutieren müssen über Ursachen von Rechtsentwicklung und Rassismus, um gemeinsame Antworten zu finden, damit es zu Aktivitäten kommt, die mehr Ausstrahlung haben.

Mein letztes Argument: Viele von uns sind an unterschiedlichen Stellen aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Oft kommt es aber überflüssigerweise, wenn man mal zusammenkommt, aufgrund von Missverständnissen und weil die Diskussionen nicht zusammenlaufen, zu Auseinandersetzungen, wie es zum Beispiel in Saalfeld passiert ist, wo sich Gewerkschaften dagegen ausgesprochen haben, weil sie bestimmte Diskussionsprozesse gar nicht mitbekommen konnten, obwohl ich glaube, dass sie genauso engagiert antifaschistisch sind.

Dieses müssen wir vermeiden, weil wir ansonsten in die Defensive geraten und aus den fast 13 % noch mehr werden. Darauf dürfen wir nicht warten. (Beifall)

Walter Haas, Vorsitzender des Kongresses

Schönen Dank, Angelo. - Das Wort hat der Kollege Hanjo Lucassen, Landesbezirk Sachsen, mit der Teilnehmernummer 498.

Hanjo Lucassen

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Rechtsextremen Morgenluft wittern, wissen wir nicht erst seit den Wahlerfolgen von Magdeburg. Aufmärsche von Neonazis sind bereits genannt worden. Nun müssen wir aber eines ganz deutlich sehen: Die Rechtsextremen besetzen auch noch den 1. Mai, und zwar mit aller Deutlichkeit. Das aber ist der Tag der Gewerkschaften und der organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und den lassen wir uns von denen nicht nehmen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Da sie ihn immer besetzen wollen - das war 1997 und 1998 in Leipzig wieder so -, ist das nicht nur eine Frechheit, sondern es ist auch eine Kampfansage an die Gewerkschaften und an die Demokratie. Ich glaube, manche Parteien haben das immer noch nicht begriffen.

Die Rechtsextremen greifen intelligent unsere Themen auf - Arbeitslosigkeit, Berufsnot Jugendlicher und die soziale Armut. Dabei vergessen sie natürlich auch nicht die dumpfen Parolen wie "Arbeit zuerst für Deutsche". Machen wir uns aber auch nichts vor; bei dieser hohen Arbeitslosigkeit und bei fehlenden Ausbildungsplätzen für Jugendliche stoßen solche Parolen auch in unseren Bereichen durchaus bei dem einen oder anderen auf Zustimmung.

Eines merken wir verstärkt in Ostdeutschland, Kolleginnen und Kollegen: Bei den Aktionstagen sind die Braunen immer dabei. Sie mischen sich geschickt unter die Arbeitslosen, verteilen Flugblätter und sagen, "Bonn tut nichts, wir helfen Euch" usw., und sie versprechen Lösungen. Wir haben die Auseinandersetzung in Sachsen und in vielen anderen Bereichen aufgenommen. Wir müssen aber auch bedenken, dass es bei Protesten und Betroffenheit nach Wahlerfolgen nicht bleiben darf. Das ist deutlich gesagt worden.

Deswegen brauchen wir die inhaltliche strategische Konzeption. Wir machen das am 1. Mai, in Kürze macht es die IG Metall in Chemnitz, und auch anderswo gibt es Initiativen.

Wir müssen die Auseinandersetzung aber inhaltlich und strategisch führen, und wir müssen unsere Funktionäre sensibilisieren, sie für die Auseinandersetzung fit machen. Wir brauchen außerdem Argumentationshilfen. Früher hatten wir in der Gewerkschaftsjugend immer eine Argumentationshilfe, die lautete "NPD von A - Z und Argumente dagegen". Das hat oft geholfen.

Das fehlt heute überall, und deshalb sind wir für die Einsetzung dieser Kommission, damit sie zielgerecht dieses Thema aufgreift, uns diese Argumentationshilfen liefert und sich damit auseinandersetzt. Ich sage auch deutlich: Von diesem Kongress muss ein Signal und ein klares Wort ausgehen, das wird draußen erwartet.

Alle wissen doch, wie das mit dem Material aussieht. Ich bitte Euch deswegen ganz dringend - und ich richte auch jetzt noch einmal die herzliche Bitte an die Antragsberatungskommission - um Annahme des Antrages 30 und nicht um Annahme als Material. Ich halte es für ganz wichtig, dass eine Kommission umgehend ihre Arbeit aufnimmt. Das wäre ein klares Signal und ein klares Wort. (Beifall)

Walter Haas, Vorsitzender des Kongresses

Schönen Dank, Hanjo. - Es hat jetzt das Wort die Kollegin Susanne Kohlschütter von der ÖTV mit der Teilnehmernummer 357. Kollegin Kohlschütter, Du hast das Wort.

Susanne Kohlschütter

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Vorrednern ist es nicht so ganz einfach, ich kann mir sehr viel Text sparen. Es sind hier eindeutige Aussagen dazu gemacht worden, dass genau dieser Antrag eben nicht als Material verschwinden soll, sondern dass der Antrag als solcher angenommen werden muss. Auch ich sehe es so und möchte mit meinen Worten noch einmal das unterstützen, was Hanjo Lucassen eben gesagt hat.

Nutzen wir als Kongress die Chance dieser Stunde, hier ein deutliches Signal an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Installieren wir diese Dinge vor Ort, und lassen wir den Antrag nicht wieder liegen als Material zum Bedenken.

Es ist von vielen Rednern auf diesem Kongress mehrfach gesagt worden, dass es Zeit ist zum Handeln. Dem kann ich persönlich nur zustimmen. Ich möchte noch einmal an das erinnern, was Dieter Schulte in seiner Eröffnungsrede bereits gesagt hat. Er hat auf die veränderte Situation von Jugendlichen hingewiesen und gesagt: "Gerade diese Aufgaben an die Zukunft müssen wir sehr ernst nehmen." Genau das tue ich, und deshalb sage ich: Wir brauchen endlich entsprechende Verbindlichkeiten. Nutzen wir diese Chance, und geben wir diesem Antrag statt und beschließen nicht die Annahme als Material. - Vielen Dank. (Beifall)

Walter Haas, Vorsitzender des Kongresses

Schönen Dank, Kollegin Kohlschütter. - Die Kollegin Ursula Girmond von der HBV, Teilnehmernummer 107, hat jetzt als letzte Rednerin zum Antrag 30 das Wort.

Ursula Girmond

Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es auch sehr kurz machen, weil ich denke, dass jeder im Saal weiß, welches Problem Rechtsextremismus und Radikalismus bedeutet. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten viele Erfahrungen damit gemacht.

Ich möchte schlicht und einfach jetzt etwas ergänzen und einen Vorschlag machen, um dieses Problem mit der Kommission zu umgehen, da es ja immer ein Problem zu sein scheint, hier eine Kommission zu beschließen.

Wir könnten einfach umformulieren - das ist ja auch nach unserer Geschäftsordnung möglich - und sagen: "Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, aus gewerkschaftlicher Sicht die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland zu analysieren und Handlungsperspektiven für die Gewerkschaften zu erarbeiten." Damit hätten wir dieses komische Problem umgangen, und wir könnten es dann auch beschließen. Vielleicht ist das ein Vorschlag. - Danke.

Walter Haas, Vorsitzender des Kongresses

Schönen Dank, Kollegin Girmond. - Meine Frage an die Antragsberatungskommission: Gibt es eine Modifizierung der Empfehlung?

Jürgen Walter, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir brauchen eine Beratungspause.

Walter Haas, Vorsitzender des Kongresses

Die Antragsberatungskommission bittet um eine kleine Beratungspause. Ich bitte, im Saal zu bleiben; ich denke, das geht flott.

Jürgen Walter, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir können weitermachen, Herr Präsident.

Walter Haas, Vorsitzender des Kongresses

Ihr seht, wie flott das geht. - Jürgen, Du hast das Wort.

Jürgen Walter, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon vor dem letzten Beitrag hatten wir eine neue Empfehlung ausgearbeitet. Wir wollten aber unter uns die Chance nutzen, über den letzten Vorschlag nachzudenken. Das Thema ist ernst und wichtig. Es darf draußen wirklich kein falscher Eindruck entstehen.

Unter Abwägung aller Gesichtspunkte ziehen wir unsere Empfehlung zurück und befürworten die Annahme des Antrages. (Lebhafter Beifall)

Walter Haas, Vorsitzender des Kongresses

Dieser Vorschlag steht jetzt zur Abstimmung. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Einstimmig so beschlossen. (Beifall)

Kommissionsmitglieder

Brauer, Klaus	IG Bergbau, Chemie, Energie
Bürgin, Julika	DGB-Bildungswerk Thüringen
Dombrowski, Manfred (Stellvertr.)	IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst
Heße, Friedel	DGB-Bundesvorstand, Grundsatzabteilung (bis Oktober 1999)
Homann, Rudi	DGB-Landesbezirk Sachsen
Hülsmann, Elke	DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Kirchgäßner, Gerhard	IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst

Köhler, Paul	Deutsche Postgewerkschaft
Kubik, Manfred	DGB-Bundesvorstand, Sekretariat Gewerkschaftliche Bildung
Legrand, Jupp	IG Metall
Lutzke, Rolf	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
Nowak, Andreas	Gewerkschaft der Polizei
Pollice, Giovanni (Stellvertr.)	IG Bergbau, Chemie, Energie
Pougin, Dieter Reich Dr., Brigitte	DGB-Bundesvorstand, Grundsatzabteilung Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Rittmeier, Michael	DGB-Landesbezirk Nord
Roßocha, Volker	DGB-Bundesvorstand, Internationale Abteilung, Referat Migration
Schinko, Roland	DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend
Schmidt, Frank	IG Bauen-Agrar-Umwelt
Simon, Hartmut	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Sturm, Martin	Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
Waschkuhn, Günter	Gewerkschaft Handel, Banken und Ver- sicherungen

Literatur

- Bade, Klaus J.: Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland, Essen 1994.
- Bauman, Zygmunt: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992.
- Brosius, Hans-Bernd/Esser, Frank: Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 204-220.
- Birsl, Ursula u.a.: Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewerkschaften. Lebensverhältnisse und politische Orientierungen von Auszubildenden, Opladen 1995.
- Dies.: Rechtsextremismus: weiblich - männlich? Eine Fallstudie, Opladen 1995.
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Politisch-kulturelle Sozialisation, Aggression und Gewalt, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 755-766.
- Druwe, Ulrich/Mantino, Susanne: "Rechtsextremismus". Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 66-80.
- Eckert, Roland/Willems, Helmut/Würtz, Stefanie: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus.

- Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 152-167.
- Elsässer, Jürgen: Der tendenzielle Fall der Orgasmusrate. Zur Massenpsychologie des Faschismus in den neuen Bundesländern, in: Kursbuch, 1998, Heft 134: Auftritt von Rechts, hrsg. v. Karl Markus Michel/Ingrid Karsunke/Tilman Spengler, S. 49-58.
- Falter, Jürgen W.: Wer wählt rechts?, München 1994.
- Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard: Skinheads, München 1993.
- Flaig, Berthold Bodo/Meyer, Thomas/Ueltzhöffer, Jörg: Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn 1993.
- Freyberg, Thomas von: Blinde Flecken gewerkschaftlicher Politik gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, in Gewerkschaftliche Monatshefte, 1995, Heft 8, S. 474-483.
- Hahn, Reinhard/Horn, Hans-Werner: Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, Sonderdruck IDEEN, hrsg. von der IG Metall, Bonn 1996.
- Hartung, Klaus: Rechte Mitbürger, in: Kursbuch, 1998, Heft 134: Auftritt von Rechts, hrsg. v. Karl Markus Michel/Ingrid Karsunke/Tilman Spengler, S. 1-14.
- Hebecker, Eike: Vom Skinhead im Zeitalter seiner Unkenntlichkeit, in: Kursbuch Jugendkultur, hrsg. v. der Arbeitsgruppe für Symbolische Politik, Kultur und Kommunikation (SPoKK), Mannheim 1997, S. 89-97.
- Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München 1987.
- Ders.: Einig Vaterland - einig Rechtsextremismus? Sortierungsüberlegungen zu unübersichtlichen Rechtsextremisierungspotentialen im vereinten Deutschland, in: Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1992, S. 54-73.
- Ders.: Pädagogik und Fremdenfeindlichkeit. Vortrag auf der Jahrestagung der UNESCO-Modellschulen (Manuskript), Berlin 1992.
- Ders.: Eine gewerkschaftliche Politik gegen Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1992, Heft 10, S. 620-632.
- Held, Josef/Horn, Hans-Werner/Marvakis, Athanasios: Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen, Tübingen 1994.
- Helsper, Werner: Das Echte, das Extreme und die Symbolik des Bösen, in: Kursbuch Jugendkultur, hrsg. v. der Arbeitsgruppe für Symbolische Politik, Kultur und Kommunikation (SPoKK), Mannheim 1997, S. 116-128.
- Herz, Thomas A.: Rechtradikalismus und die "Basiserzählung". Wandlungen in der politischen Kultur Deutschland, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 485-501.
- Hoffmann-Lange, Ursula: Das rechte Einstellungspotential in der deutschen Jugend, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 121-137.
- Horn, Hans-Werner: No time for losers, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1995, Heft 8, S. 484-496.
- Jaschke, Hans-Gerd: Ethnisierungsprozesse in der Arbeitswelt und ihre politischen und sozialen Folgen, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 232-247.

Jäger, Siegfried.: Brandsätze. Rassismus im Alltag, Duisburg 1992.

Ders: Rassismus in Deutschland, in: Hubertus Heil u.a. (Hrsg.): Jugend und Gewalt. Über den Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen, Marburg 1993, S. 84-90.

Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt/M 1983.

Jugend 97: Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Opladen 1997.

Kocks, Klaus/Uhl, Hans-Jürgen: "Aus der Geschichte lernen", in: Historische Notate, Heft 1, Schriftenreihe des Unternehmensarchivs der Volkswagen AG, Wolfsburg, Wolfsburg 1999.

Krafeld, Franz Josef u.a.: Akzeptierende Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen?, in: Hubertus Heil/Muzaffer Perik/Peter-Ulrich Wendt (Hrsg.): Jugend und Gewalt. Über den Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen, Marburg 1993, S. 91-100.

Kretschmer, Dirk/Jäger, Siegfried: Von Irren, Chaoten und Fanatikern. Rechtsextremismus und Rassismus in den Medien, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 803-822.

Küchler, Manfred: Xenophobie im internationalen Vergleich, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 248-264.

Leggewie, Claus: Falsche Liberalität, in: Erziehung und Wissenschaft, 1999, Heft 10, S. 2.

Leiprecht, Rudolf/Held, Josef/Marvakis, Athanasios/Horn, Hans-Werner: Jugendliche und Rechtsextremismus". Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, hrsg. v. der Hans-Böckler-Stiftung, Bochum 1992.

Link, Jürgen: Über den Anteil der Mediensprache am rassistischen Terror, Referat v. 12.10.1991.

Möller, Kurt: Geschlechtsspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frauenforschung, 1993, Heft 3, hrsg. v. Institut für Frau und Gesellschaft.

Möller, Renate; Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Einstellungen und Gewalt in jugendkulturellen Szenen, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 168-190.

Neckel, Sighard: Die rechte Ecke. Ein Jugendclub im östlichen Brandenburg, in: Kursbuch, 1998, Heft 134: Auftritt von Rechts, hrsg. v. Karl Markus Michel/Ingrid Karsunke/Tilman Spengler, S. 21-28.

Offe, Claus: Moderne "Barbarei": Der Naturzustand im Kleinformat, in: Max Miller/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M 1996, S. 258-289.

Rommelpacher, Birgit: Rassistische und rechte Gewalt: Der Streit um die Ursachen, in: Dies. (Hrsg.): Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht, Berlin 1995, S. 80-87.

Roßocha, Volker: Rechtsextremismus, eine Herausforderung für die Gewerkschaften (Mitteilungen zur Migrationspolitik), hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Referat Migration, März 1999.

Roth, Dieter: Sind die Republikaner die fünfte Partei? Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler der Republikaner, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hrsg.): Die schleichende Gefahr - Rechtsextremismus heute, Essen 1990, S. 130-143.

Scherr, Albert: Pädagogik hat ihre Grenzen, in: Sozial Extra, 1992, Heft 6, S. 6-8.

Ders.: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 97-120.

Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hand-Dieter: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12(1967), S. 11-29.

Schubarth, Wilfried/Pschierer, Ronald/Schmidt, Thomas: Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR, in: Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1992, S. 24-53.

Siegler, Bernd: Rechtsextremismus und Wahlverhalten, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 792-801.

Stöss, Richard: Wieviel Rechtsextremismus darfs denn sein? Einige Anmerkungen zur Messung von Rechtsextremismus, in: IDEEN, 1991, Heft 4, S. 6-20.

Ders.: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999.

Wagner, Bernd: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, in: Bulletin-Sonderausgabe, Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Berlin 1998.

Ders.: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, in: Deutsche Lehrerzeitung special, 1998, Nr.19.

Weltzer, Jörg: Skin-Heads, Nazi-Skins und rechte Subkultur, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 782-791.

Wie allmächtig ist Erziehung? Ein Streitgespräch zwischen der GEW-Vorsitzenden Eva-Maria Stange und dem Kriminologen Christian Pfeiffer, in: Erziehung und Wissenschaft, 1999, Heft 10, S. 6-9.

Winkler, Jürgen R.: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 25-48.

Ders./Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd: Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung, in: PVS 37(1996), Sonderheft 27: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler, Opladen 1996, S. 9-24.